Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Ein Regierender für alle Berliner: Hans Apel

Foto: Glaser

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

die Berliner Sozialdemokraten stellen sich Ihnen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 vor. Wir haben vier Jahre Oppositionsarbeit hinter uns. Die Zeit konnten wir mit unserer ganzen Kraft in konstruktiver Weise nutzen,

1. um die konservative Wendepolitik des CDU/FDP-Senats zu kontrollieren und zu bekämpfen sowie
2. um Fehlentwicklungen in der Berliner Politik kritisch und auch selbstkritisch aufzuarbeiten.

Mit diesem Wahlprogramm werben wir um Ihre Stimme, damit Berlin nach dem 10. März 1985 wieder von Sozialdemokraten regiert wird.

Die in Berlin zu erfüllenden Aufgaben sind groß. Die Berliner Sozialdemokraten kennen diese Stadt und ihre Menschen. Sie wollen ihre Erfahrungen und Kenntnisse einsetzen, damit

— die äußere Lage Berlins durch Verständigung und Entspannung gesichert bleibt,
— die hohe Arbeitslosigkeit verringert und der Arbeitsplatzabbau in Berlin gestoppt
— der Umweltschutz deutlichen Vorrang vor anderen Belangen bekommt,
— der Sozialabbau der Bonner und Berliner Wende-Politik rückgängig gemacht und wenigstens mit den Mitteln, die einer Berliner Landesregierung zur Verfügung stehen, abgemildert wird sowie
— genügend gute und preiswerte Wohnungen zur Verfügung stehen und die Mieter wieder ohne Angst in Berlin wohnen können.

Die Gleichberechtigung der Frauen ist eine sozialdemokratische Forderung, die für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt. Das erreichte Maß an Gleichstellung wird gegenwärtig durch die konservativ-liberalen Regierungen in Bonn und Berlin Stück für Stück ausgehöhlt. Die frauenpolitischen Fortschritte der sozialliberalen Koalition werden systematisch zurückgeschraubt und durch die konservative Ideologie der „neuen Mütterlichkeit" ersetzt, die eine starre Rollentrennung anstrebt. Zusammen mit den vielen selbstbewußten Frauen in dieser Stadt sagen wir entschieden nein zu dieser Politik. Für uns Sozialdemokraten ist Gleichberechtigung keine Sonderaufgabe, sondern selbstverständlicher Bestandteil eines jeden Politikfeldes. Genau so haben wir dieses Thema in unserem Wahlprogramm angepackt.

Wir Berliner Sozialdemokraten haben mit unserem Wahlprogramm eine nüchterne Bestandsaufnahme gegenüber der Vernebelungspolitik des Berliner CDU/FDP-Senats gemacht. Wohl wissend, daß nur sachliche Lösungen die Probleme unserer Stadt bewältigen werden.

Die Berliner Sozialdemokraten treten an, mit ihren Vorstellungen die Lebens- und Wohnqualität sowie die Wirtschaftskraft Berlins zu stärken und zu festigen.

Hans Apel, einer der erfahrensten und versiertesten Politiker der SPD, wird das Wahlprogramm als Regierender Bürgermeister von Berlin in die Wirklichkeit umsetzen; gemeinsam mit den Berliner Sozialdemokraten.

Darum am 10. März 1985: Hans Apel und die Berliner Sozialdemokraten!

C85-825

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

I. Mehr Entspannung sichert die Freiheit

Gestützt auf das Vertrauen der Berliner haben wir Sozialdemokraten seit dem Krieg die Freiheit unserer Stadt gesichert:

— Mit Ernst Reuter und Franz Neumann haben wir Drohungen und äußeren Druck überstanden; in enger Zusammenarbeit und festgefügter Freundschaft mit unseren westlichen Schutzmächten, die auch heute die Grundlagen unserer Sicherheit garantieren.

— Mit Willy Brandt haben wir die Entspannungspolitik entwickelt und gegen den härtesten Widerstand der CDU durchgesetzt.

— Entspannung hat den Frieden sicherer gemacht, die Lage in und um Berlin gefestigt und Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, die durch Ost-West-Konfrontationen nicht zu eröffnen waren und sind.

Die Grundlagen nicht gefährden

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß auch in Zukunft Freiheit und Entwicklungschancen für Berlin nur gesichert bleiben, wenn die weltpolitischen Grundlagen für die Entspannung wieder hergestellt, ja ausgebaut werden. Denn nur so kann auch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten langfristig erhalten bleiben, die nicht nur eine Vorbedingung für die Sicherung des bislang Erreichten ist, sondern auch für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben. Die Berliner Sozialdemokraten sind besorgt über den Stand der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten, die auf einem Tiefpunkt angelangt sind. Wir wissen aus geschichtlicher Erfahrung, daß das politische Klima zwischen Washington und Moskau immer auf unsere Stadt und auf Deutschland zurückschlägt.

Die gegenwärtige Unfähigkeit zum Dialog zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, ihre umfassende Konfrontation auf fast allen Gebieten, die Rückkehr zu den Vorstellungen des kalten Krieges, die Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf die Dritte-Welt-Politik sowie schließlich der rasante Rüstungswettlauf gefährden die Grundlagen der Entspannung.

Eine deutsch-deutsche „Sonderentspannung" kann sich im frostigen Ost-West-Klima nicht halten. Die gemeinsame deutsche Verantwortung besteht im Einwirken auf die Führungsmächte, in ihrer Außenpolitik endlich wieder Sicherheit und Entspannung zu vereinigen, und nicht scheinbare Sicherheit auf Kosten der Entspannung erreichen zu wollen.

Auch aus diesem Grund haben die Berliner Sozialdemokraten die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Mitteleuropa, der mittlerweile eine „Gegenstationierung" in der DDR und der CSSR gefolgt ist, eindeutig abgelehnt.

Die Berliner SPD fordert von den USA einen Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug aufgestellten SS 21—23 sowie eine drastische Verringerung der SS 20.

Die Berliner Sozialdemokraten treten für eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West ein. Wesentlicher Bestandteil ist dabei ein von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freies Europa.

Gerade angesichts der bedrohlichen Lage, wie sie heute besteht, werden Berliner Sozialdemokraten nicht aufgeben, sondern gemeinsam mit der Friedensbewegung dafür weiterkämpfen, die Atomraketen auf beiden Seiten in Europa abzuschaffen und eine Politik der Entspannung und Abrüstung wieder einzuleiten.

Neue Stufe in der Deutschlandpolitik ist notwendig

Wir Berliner Sozialdemokraten appellieren an beide Weltmächte, gestützt auf die konkreten Entspannungserfahrungen mit dem geteilten Berlin, einen neuen Versuch weltweiter Kooperation zu wagen. Er ist unverzichtbar für den Frieden. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihre außenpolitische Passivität aufzugeben und gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten das europäische Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik nachhaltig und unbeirrbar im westlichen Bündnis zu vertreten. Nur dann behält die Deutschlandpolitik eine Chance, sinnvolle Initiativen für den Frieden in Europa zu entwickeln.

Die Berliner Sozialdemokraten legen hiermit Vorschläge für eine neue Stufe der Berlin- und Deutschlandpolitik vor. Sie wollen damit an das gemeinsame Interesse beider deutscher Staaten an der Erhaltung des Friedens anknüpfen. Die Berliner Sozialdemokraten wissen, daß die großen Schritte über den europäischen Graben ausbleiben, wenn die kleinen Spielräume von den Nachbarn mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und Blockzugehörigkeiten nicht genutzt werden. Nach jahrzehntelangem Kampf um die Durchsetzung der Entspannungspolitik gegen die Konfrontationspolitik der CDU will die SPD nun einen weiteren Beitrag dazu leisten, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR so entwickelt werden, daß sie Vorbild und später Teil einer Friedensordnung in Europa sein können.

Dabei darf Berlin nicht übergangen werden, am wenigsten von der Bundesregierung, die es versäumt hat, eine parallele Reise- und Besuchsregelung für die Berliner in den jüngst erreichten Verbesserungen durchzusetzen.

Eine europäische Friedensordnung ist die sozialdemokratische Alternative zu einer gefährlichen Abschreckungspolitik mit immer mehr Waffen. Die Politik der SPD bleibt dabei aber immer darauf ausgerichtet, den Status quo in Europa nicht lediglich festzuschreiben, sondern von ihm ausgehend im Osten wie im Westen politische und gesellschaftliche Prozesse in Gang zu setzen, die die Teilung Europas schrittweise und friedlich überwinden sollen. Das heißt allerdings, daß die Politik der Bundesrepublik nicht darauf angelegt sein darf, die DDR zu destabilisieren. Die beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln.

Die deutsche Frage ist von der Frage des Friedens in Europa nicht zu trennen. Sie ist in ihrem Kern eine europäische Frage. Eine angemessene europäische Antwort ist daher auch nur möglich, wenn sie von beiden deutschen Staaten und von der Völkergemeinschaft in Ost und West getragen wird.

Sozialdemokratische Politik zur Überwindung der Teilung war in diesem Sinn immer praktische Politik, die in dem anderen deutschen Staat und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes europäische Partner sieht, deren elementare Interessen nicht ignoriert werden dürfen. Das unterscheidet sie bis heute von der Politik der CDU/CSU, die immer noch glaubt, das bewußt provokante Beharren auf formalen Rechtspositionen ersetzt eine strategische Konzeption der Deutschlandpolitik.

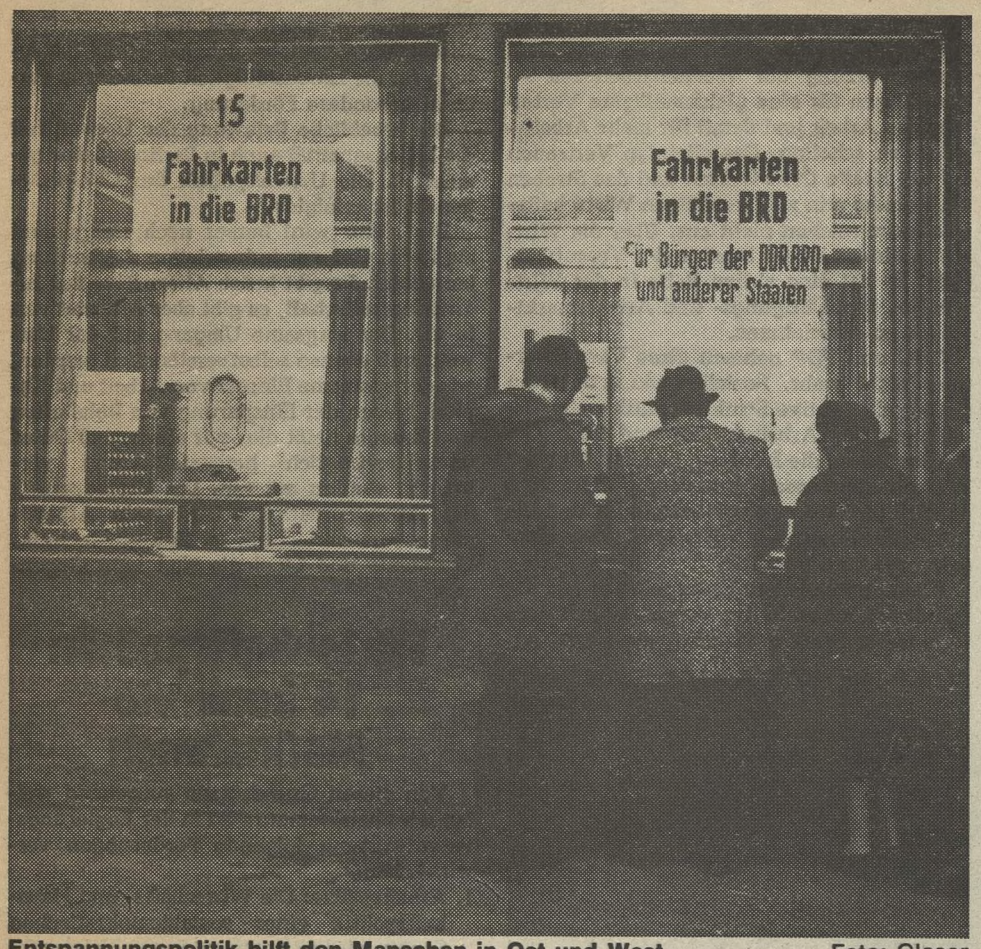
Unsere Vorschläge laufen darauf hinaus, gemeinsame deutsch-deutsche Interessen zu nutzen und unterschiedliche Interessen auszugleichen. Die Berliner Sozialdemokraten haben in einem ausführlichen Positionspapier den Zusammenhang zwischen Berlin-, Deutschland-, Entspannungs-, Sicherheits- und Friedenspolitik sichtbar gemacht, in welchem die nachfolgenden Vorschläge ausführlich behandelt sind:

Verbesserungen für Menschen in Ost und West

1. **Kontakte.** Die Berliner SPD setzt sich für einen schrittweisen Abbau all jener Hemmnisse ein, die die Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West behindern. Für sich genommen mag dabei jedes positive Gesprächsergebnis nur einen kleinen Fortschritt bedeuten, insgesamt jedoch helfen sie, das Netz von Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in Europa zu knüpfen, das entscheidend zum Frieden beiträgt.
2. **Umwelt.** Den beiden deutschen Staaten gemeinsam sind die Interessen am Schutz der Umwelt, denn Umweltbelastungen machen vor Grenzen nicht halt. Vordringlich für Berlin wäre der Abschluß von Ost-West-Vereinbarungen über Luft- und Gewässerreinhaltung sowie über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen einschließlich gemeinsamer Maßnahmen im Strahlen- und Katastrophenschutz.
3. **Wirtschaftsbeziehungen.** Gemeinsame Interessen ergeben sich auch im wirtschaftlichen Bereich. Ein deutsch-deutsches Wirtschaftsforum könnte neue Impulse für eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen geben. Die Berliner SPD regt an, für Berliner Produzenten Vergünstigungen, wie sie bei Lieferungen in den Westen bestehen, auch bei Lieferungen in die DDR zu gewähren.

Archiv der sozialen Demokratie
Bibliothek
C85-825

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Entspannungspolitik hilft den Menschen in Ost und West Foto: Glaser

4. **Kultureller Austausch.** Gemeinsam ist den Bürgern in beiden deutschen Staaten das große kulturelle Erbe, aber auch das Interesse an einem möglichst lebendigen Austausch zeitgenössischer Kunst. Unsere Stadt hätte gerade hierbei Wertvolles einzubringen. Die Regelung für das Verkehrsmuseum im Hamburger Bahnhof zeigt, daß trotz unterschiedlicher Rechtsauffassungen Vereinbarungen möglich sind, die Berlin einbeziehen. In den Begriff der Kultur schließen wir dabei Wissenschaft und Technik, Forschung und Lehre und auch den Sport ein.
5. **Abbau von Feindbildern.** Wir Berliner Sozialdemokraten wollen aus der gemeinsamen Überzeugung der Verantwortlichen in beiden deutschen Staaten, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, Konsequenzen ziehen und vor allem auch für einen Abbau von Feindbildern Sorge tragen. Ein erster Schritt sollte ein gemeinsames Programm beider deutscher Staaten für die Friedenserziehung sein.
6. **Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer.** Bei allen Unterschieden der Systeme fordern wir Berliner Sozialdemokraten die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer, die einen regelmäßigen Austausch von Gedanken ermöglichen sollen.
7. Durch die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft kann z. B. mit einer öffentlichen, regierungsamtlichen Feststellung verdeutlicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, der dies nicht will.

   Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter ist — selbst gemessen an den ihr gestellten Aufgaben — wirkungslos und überflüssig. Die Feststellung des Verlaufs der Elbegrenze ist in beiderseitigem Einvernehmen möglich.
8. **Verkehr.** Die Berliner SPD fordert nachdrücklich die Weiterverfolgung des von der früheren SPD-geführten Bundesregierung auf die Tagesordnung gesetzten Programmes zur Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen Berlin (West) und Westdeutschland. Dazu gehört die unbefristete Offenhaltung des Überganges Staaken, die Schaffung weiterer Übergänge, der Abschluß eines deutsch-deutschen Luftverkehrsabkommens, das die Interessen Berlins wahrt, und die Errichtung einer Eisenbahnverbindung in das Bundesgebiet mit Inter-City-Qualität.
9. **Stadtpolitik.** Beide Seiten könnten gemeinsame Interessen im Bereich der Berliner Stadtpolitik weiter konstruktiv nutzen, wie dieses z. B. bei der Übergabe der Schloßbrückenfiguren geschah. Ein sinnvolles Projekt wäre es, den von der anderen Seite nicht verwendeten S-Bahnhof Potsdamer Platz unserer Seite für die Erschließung des Museumsviertels um den Kemperplatz zu überlassen. Zahlreiche Berührungsnotwendigkeiten ergeben sich auch hinsichtlich der Ausgestaltung der 750-Jahr-Feier in Berlin.

Berlin — Chance für Verständigung

Die hart erarbeiteten Ergebnisse der Entspannung — das Viermächte-Abkommen, der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die deutsch-deutschen Folgevereinbarungen, die Verträge von Warschau und Moskau und die Helsinki-Vereinbarungen — haben zu einem Bewußtseinswandel in unserer Stadt geführt. Das sich aus der Lage der Stadt ergebende außerordentliche Interesse an friedlichen Entwicklungen zwischen den Blöcken und das lebendige Bewußtsein von einem Europa, das nicht an der Elbe endet, drängt Berlin geradezu in die Rolle eines Befürworters und Förderers gutnachbarschaftlicher Beziehungen hinein, weit über die Stadt, weit über Deutschland hinaus.

Der Konflikt um Berlin hat die Siegermächte des zweiten Weltkrieges gezwungen, die Grenzen der Konfrontation zu erkennen und die Chancen für Kooperationen an diesem Punkt der Erde auszuloten. Berlin zwingt auch beide deutsche Staaten, ein Verhältnis zueinander zu suchen, das friedlicher Kooperation und Verständigung den Vorzug gibt vor sinnloser Konfrontation, die letztlich keiner Seite nutzen kann.

Das bedeutet auch die Herstellung vielfältiger Beziehungen, die jede große Stadt mit dem sie umgebenden Umland verbindet. Erst dies könnte zu einer wirklichen Normalisierung der Lage Berlins führen.

Wenn Berlin, in einer Welt voller Aggressionen, immer mehr zu dem Ort in Europa wird, von dem eigene Impulse für den Abbau von Spannungen, für die Einebnung von Gegensätzen, für den Interessenausgleich und für die Abrüstung ausgehen, dann erfüllt es seine Aufgabe für den Frieden. In dieser Aufgabe für die Stadt gründet sich die Identität der Berliner Sozialdemokraten, in ihren geschichtlichen Leistungen für Berlin wie in der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.

II. Unsere Herausforderung: Arbeitsplätze schaffen, die Umwelt schützen

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und der aktive Umweltschutz sind für Sozialdemokraten die Hauptaufgaben. Sowohl die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit als auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören zu einem menschenwürdigen Leben.

Die wirtschaftliche Sicherung Berlins ist eine nationale Aufgabe. Wir verurteilen aus diesem Grunde, daß der jetzige Senat den massiven Verlust von Arbeitsplätzen durch eine Optimismuskampagne zu überdecken versucht. Es gibt keine wirkliche Tendenzwende zugunsten der Arbeitslosen und zur Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze. Die Wirtschaftskonferenzen von Bundesre-

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

gierung und Senat in den letzten Jahren haben den erhofften Erfolg nicht gebracht; ihre Ergebnisse waren erbärmlich. Wir setzen daher der Verharmlosung der Berliner Situation eine ungeschminkte Bestandsaufnahme entgegen.

Der anhaltende dramatische Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Großindustrie, und die Massenarbeitslosigkeit drohen trotz Subventionen und Berlin-Förderungsgesetz zum Dauerschicksal Berlins zu werden. Der Verlust eines Arbeitsplatzes in Berlin bedeutet über das Schicksal des einzelnen hinaus mehr als anderswo eine innere Auszehrung der Lebensfähigkeit der Stadt. Dazu kommt, daß im Vergleich zum Bundesgebiet die Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmer in Berlin jahrelang überdurchschnittlich gestiegen sind.

Sozialdemokraten stehen an der Seite der Gewerkschaften, vor allem in ihrem Kampf um die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb haben wir die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützt. Wir unterstützen alle Bemühungen durch Arbeitszeitverkürkung — vor allem durch Kürzung der Wochenarbeitszeit — Grundlagen für eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit und damit für mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das alleinige Vertrauen auf die Kräfte des Marktes und das Streben nach einem rein zahlenmäßigen Wirtschaftswachstum reichen nicht aus. Über die Wirtschaft hinaus ist der Staat in der Verantwortung. Er hat eine aktive Rolle in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu übernehmen.

CDU und FDP nehmen diese Verantwortung nicht wahr. Sozialdemokraten treten ein für eine aktive Strukturpolitik unter Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, die Richtung und Struktur des Wirtschaftsprozesses beeinflußt, entstehende Zielkonflikte auszugleichen hilft und die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns politisch gestaltet.

Kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk haben in der Vergangenheit stets zu unserer Stadt gestanden; sie haben Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Dieser Wirtschaftsbereich hat große Bedeutung für die Lebensfähigkeit Berlins und verdient besondere Förderung.

Die erhebliche Belastung der Umwelt hat die Lebensqualität auch in Berlin spürbar gemindert. Die Umweltpolitik des CDU/FDP-Senats ist erfolglos.

Die Natur wird immer noch weitgehend als freies Gut zur industriellen Ausbeutung betrachtet. **Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, es gibt aber Alternativen in ihr.** Der sorgsame Umgang mit der Umwelt muß ebenso selbstverständlich werden, wie der sparsame Einsatz von Arbeit und Kapital. Neben der Einsparung von Rohstoffen und Energie heißt dies vor allem, daß Güter umweltverträglich hergestellt und verbraucht werden müssen. Die Verbesserung der Umweltsituation schafft mehr Arbeitsplätze. Umwelttechnik ist Zukunftstechnik. Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz.



Gesunde Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze . . .. Foto: Kasperski

Wirtschaftspolitik: 14 konkrete Maßnahmen

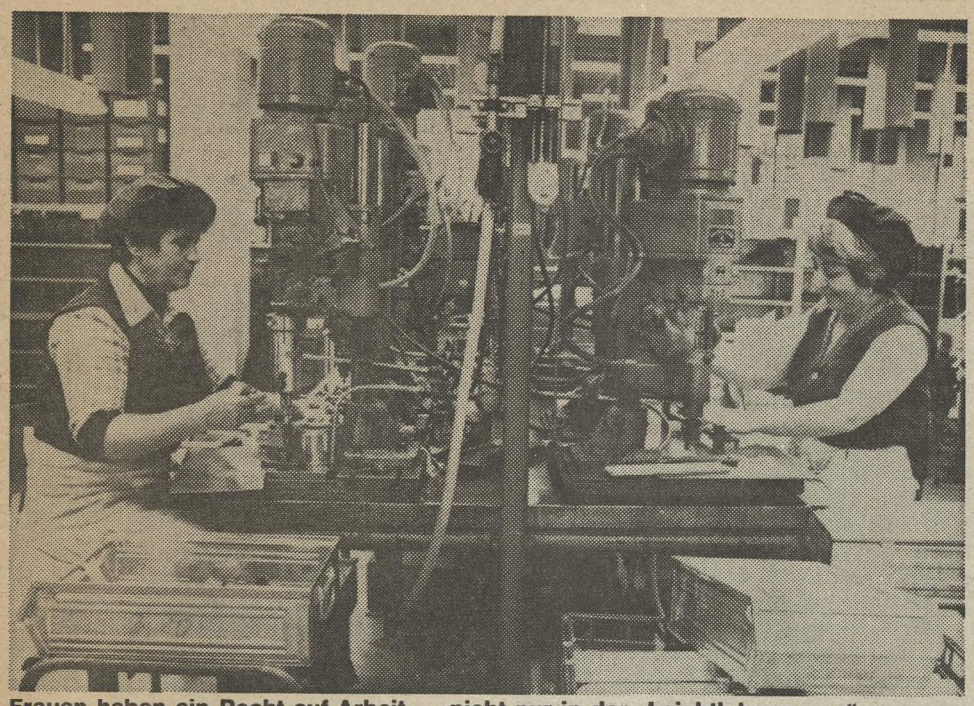
Von diesen Grundsätzen ausgehend wollen wir Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung folgende Forderungen verwirklichen:

1. **Arbeitsplätze:** Die Wirtschafts- und Haushaltspolitik eines sozialdemokratischen Senats wird sich vorrangig am Ziel der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen orientieren und nicht einseitig an unternehmerischen Interessen. Subventionen sind systematischer als bisher Erfolgskontrollen zu unterwerfen.

   Ziel muß in erster Linie sein, die in Berlin ansässigen Unternehmen zu erhalten. Darüber hinaus muß die weitere Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Berlin als nationale Aufgabe erfordert und rechtfertigt verstärkte staatliche Einflußnahmen auf die Ansiedlungspolitik, **da die Wirtschaft nicht von sich aus ihr Berlin-Engagement erweitert hat.**
2. **Arbeit und Umwelt: Arbeitsplatzschaffende Programme** sind in dem Bereich des Umweltschutzes (z. B. Gewässerschutz, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Natur- und Landschaftsschutz), der Energieeinsparung, der Stadterneuerung, des öffentlichen Personennahverkehrs, des Bildungswesen, in den sozialen Diensten und in den Einrichtungen des Gesundheitswesens möglich und notwendig. Die Berliner SPD unterstützt ausdrücklich das von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Programm „Sondervermögen, Arbeit und Umwelt", mit dem in einer Gemeinschaftsanstrengung die Umweltschäden schrittweise beseitigt werden sollen.

   Die Inanspruchnahme öffentlicher Förderungsprogramme muß strengen Maßstäben der Umweltverträglichkeit und der humanen Gestaltung der Arbeitsplätze unterliegen.
3. **Berlin-Förderung:** Das **Berlin-Förderungsgesetz** ist in seinen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Wirkungen fort-

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Frauen haben ein Recht auf Arbeit — nicht nur in der „Leichtlohngruppe"

Foto: Glaser

laufend einer eingehenden Erfolgskontrolle zu unterziehen. Förderungen, die sich nicht bewähren, müssen abgeschafft werden. Freiwerdende Mittel müssen wirksam auf das Ziel der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet werden.

4. **Forschung und Bundesunternehmen:** Die SPD erwartet von der Bundesregierung ein Konzept zur langfristigen Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins. Die Bundesregierung muß sicherstellen, daß die Großabnehmer von **Bundesmitteln für Forschung und Entwicklung** veranlaßt werden, einen angemessenen Teil der Mittel für Berlin zu verwenden. Bundesunternehmen müssen stärker als bisher in Berlin investieren.

5. **Familie und Beruf:** Die **Arbeitszeitverkürzung** soll insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für die bisher benachteiligten Beschäftigten, vor allem Jugendliche und Frauen, verbessern. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für die von Sozialdemokraten angestrebte partnerschaftliche Ehe, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen **und** Männer. Frauen werden zunehmend auf Teilzeitarbeitsplätze verwiesen. Die gegenwärtig propagierte Form der Teilzeitarbeit und andere Arten der flexiblen Arbeitszeit sind jedoch nicht geeignet, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben sicherzustellen. Sie gefährden die soziale Sicherheit, unterhöhlen die Mitbestimmung und unterstützen die Praxis der Konservativen, die Frauen als Reservearmee des Arbeitsmarktes je nach Konjunkturlage in den Arbeitsprozeß einzugliedern oder an den Herd zu schicken.

Deshalb fordern Sozialdemokraten, die vorhandenen Teilzeitarbeitsplätze arbeits- und sozialrechtlich den Vollzeitarbeitsplätzen gleichzustellen und die Versicherungspflicht von der ersten Stunde an. Wir wenden uns gegen jede Form von ungeschützten Arbeitsplätzen und lehnen Heimarbeit an Bildschirmgeräten ab.

6. **Frauen:** Das Recht auf Arbeit ist unteilbar. Es gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Frauen sind stärker als Männer von der Arbeitslosigkeit betroffen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muß die bestehende Benachteiligung und **Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beseitigen.** Dabei hat der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle zu spielen.

Gezielte Qualifikationsmaßnahmen und besondere Förderungspläne für die Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind zu schaffen: Unser Ziel ist eine anteilmäßige Besetzung der Arbeitsplätze von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Qualifikationsebenen.

Um die Interessen der Frauen besser durchsetzen zu können, wird die SPD außerdem beim Regierenden Bürgermeister eine **Gleichstellungsstelle** mit weitreichenden Kompetenzen einrichten. Der Politik der CDU, die Frauen zurück an den Herd zu drängen, setzen wir entschiedenen Widerstand entgegen. Berlins Frauen lassen sich ihr Selbstbewußtsein und das erreichte Maß an Gleichstellung nicht nehmen.

7. **Jugend: Abbau und Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit** bleibt eine der vordringlichsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Die auch noch in Berlin vorhandene Lücke im Ausbildungsbereich wollen wir durch ein zusätzliches und qualitativ ausbaufähiges Platzangebot abbauen. Mädchen müssen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu qualifizierten Ausbildungsplätzen haben wie Jungen, denn die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben ist unverzichtbare Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter auch in anderen Lebensbereichen.

Dies gilt vor allem für gewerblich-technische Berufe. Öffentliche und private Ausbildungsverbundsysteme werden wir ebenso fördern wie Angebote an beruflicher Weiterbildung. Die Berliner Wirtschaft hat es in der Hand, notwendige staatliche Regelungen für ein ausreichendes Angebot durch eine selbstverantwortete überbetriebliche Finanzierungsregelung der Berufsausbildung — wie z. B. im Baugewerbe — überflüssig zu machen.

Falls dies nicht geschieht, wird sich die SPD für eine Ausgleichsabgabe für solche Großbetriebe einsetzen, die keine oder im Vergleich zu ihrer Beschäftigtenzahl nur wenige Ausbildungsplätze anbieten.

Junge Menschen erwarten nach Abschluß ihrer Ausbildung den Einstieg in die Arbeitswelt und nicht den Ausstieg in die Arbeitslosigkeit. Berliner Sozialdemokraten werden daher ein besonderes Förderungsprogramm für junge Ausgebildete durchsetzen, um eine an die Ausbildung anschließende Arbeitslosigkeit zu verhindern.

8. **Ausländer:** Die SPD bekämpft jede Diskriminierung der in Berlin lebenden Ausländer. Ausländische Arbeitnehmer leisten ihren Beitrag zum Aufbau der Berliner Wirtschaft. Wir sind auch künftig auf ihre Mitarbeit angewiesen. Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der Massenarbeitslosigkeit sind neben den allgemeinen Maßnahmen für alle Arbeitnehmer besondere Anstrengungen zur **Eingliederung der ausländischen Mitbürger** zu unternehmen. Das ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft.

9. **Forschung und Technologie:** Das hervorragende **Forschungs- und Technologiepotential** Berlins ist vorrangig auszubauen und zu fördern. Die auf sozialdemokratische Initiative zurückgehende verstärkte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft muß auch in den 80er Jahren konsequent fortgesetzt werden. Die Forschungs- und Technologieförderung muß sicherstellen, daß neue Entwicklungen möglichst schnell in konkrete Produktionen umgesetzt werden. Dabei sind ökologische und gesellschaftspolitische Konsequenzen zu berücksichtigen. Hierzu ist eine verstärkte Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaft, die von seiten des Staates gefördert werden muß, notwendig. Die SPD Berlin unterstützt Kooperationsverträge zwischen den Berliner Hochschulen und dem DGB. Belegschaften und Betriebsräte sind beim Einsetzen neuer Technologien und bei betrieblichen Umstellungen zu beteiligen.

10. **Eigenbetriebe:** Die Berliner SPD tritt allen Bestrebungen des CDU/FDP-Senats, Eigengesellschaften und **Eigenbetriebe des Landes Berlin** ganz oder teilweise zu privatisieren, mit Nachdruck entgegen. Die Privatisierung von Eigenbetrieben würde die Erfüllung notwendiger wirtschaftlicher Aufgaben und die Existenz sicherer Arbeitsplätze gefährden.

Zur Sicherung und Schaffung sinnvoller zukunftsträchtiger Arbeitsplätze ist es im Gegenteil erforderlich, den öffent-

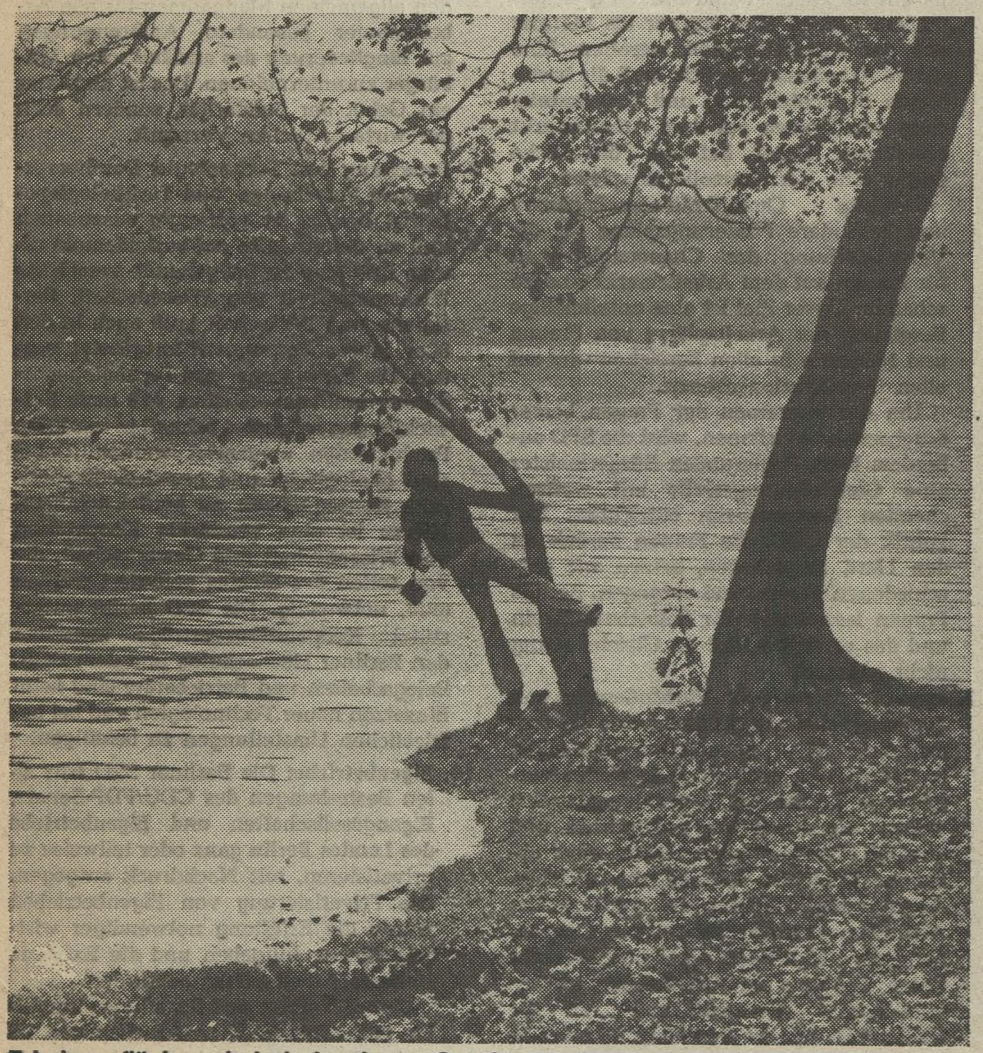
Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

lichen Wirtschaftssektor zu stärken und den Eigenbetrieben **neue Aktionsfelder** zu eröffnen. So soll z. B. die BSR Glas, Metalle, Kunststoffe, Papier und andere Stoffe getrennt sammeln und verwerten.

11. **Kleine und mittlere Betriebe:** Obwohl sich gerade die **kleinen und mittleren Betriebe als arbeitsplatzerhaltend und innovativ** erwiesen haben, geht an ihnen ein großer Teil der Förderungsmaßnahmen wegen der unübersichtlichen institutionellen Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung vorbei. Diese Unternehmen sollen daher mit einem gefächerten und übersichtlichen Programm gefördert und stabilisiert werden, zu dem u. a. Maßnahmen wie die bevorzugte Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand, Kreditbürgschaften und die Schaffung von Gewerbehöfen gehören soll.
12. **Alternative Wirtschaft:** In den letzten Jahren hat sich der alternative Wirtschaftssektor gerade in Berlin als ein wichtiger Faktor für die Beschäftigung herausgestellt. Aktivitäten der Alternativwirtschaft verdienen dieselbe Förderung wie andere Wirtschaftsbereiche. Sozialdemokraten treten für gezielte Förderungen von alternativen Projekten sowohl im Produktionssektor als auch im Bereich der Dienstleistungen und sozialen Dienste ein. Auch Selbsthilfeprojekte sind dort zu fördern, wo nicht unter dem Deckmantel vermeintlicher sozialer Hilfe öffentliche Leistungen gestrichen werden sollen.

    Insbesondere sollten gefördert werden:
    - — die Gründung von Betrieben oder genossenschaftlichen Vereinigungen mit modellhaften Mitbestimmungs- bzw. Selbstverwaltungsstatuten
    - — die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bei sozialer Integration.
13. **Dienstleistungen:** Die SPD will **Dienstleistungen im Sozial- und Bildungsbereich ausbauen** und so Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, weil gerade in der Krise der Bedarf an solchen Dienstleistungen wächst. Die SPD lehnt deshalb generelle Stellenstreichungen im **öffentlichen Dienst** ab. Es dürfen auch keine Planstellen für die gleichzeitige Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestrichen werden. Mehr Arbeitsplätze im sozialen Dienst verbessern das Hilfsangebot für den Bürger. Sie sollen durch Straffungen im Bereich der allgemeinen Verwaltung gewonnen werden.

    Der Mißbrauch von Arbeitsförderungsmaßnahmen zur Sanierung des Berliner Haushalts auf Kosten der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung, wie er vom CDU-Senat mit stillschweigender Duldung der Bundesanstalt für Arbeit betrieben wird, muß umgehend beendet werden. Tausende von Arbeitslosen verrichten in der trügerischen Hoffnung auf Beschäftigung in Dauerarbeit planmäßige Arbeit im öffentlichen Dienst, aber nicht ein einziger Arbeitsplatz wurde bisher auf Dauer geschaffen. Ein sozialdemokratischer Senat wird darauf dringen, daß die Forderung des Arbeitsförderungsgesetzes, für Arbeitslose Beschäftigung in Dauerarbeit zu schaffen, Geltung erlangt.
14. **Nord—Süd:** Berlin soll zu einem Zentrum des Nord-Süd-Dialogs und der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden. Dabei kann an die bisherigen Erfolge der in Berlin ansässigen Institutionen angeknüpft werden. In die Zusammenarbeit sind verstärkt Berliner Unternehmen einzubeziehen. In Berlin soll ein „Informations- und Begegnungszentrum Dritte Welt" eingerichtet werden.



Erholungsflächen sind ein kostbares Gut der Stadt Foto: Glaser

Stadtgestaltung für Mensch und Umwelt

Nur ein hoher Arbeits-, Wohn- und Freizeitwert können auf Dauer Berlin eine sichere Zukunft bieten. Die Verschmutzung der Luft, der Seen und Flüsse, das Waldsterben, Lärm und das Verschwinden vieler Tier- und Pflanzenarten haben einen gefährlichen Grad erreicht. Viele Krankheiten sind Folge steigender Umweltbelastung, Umweltqualität ist aber Lebensqualität und zugleich aktiver Gesundheitsschutz. Aktiver Umweltschutz gehört deshalb zu den Kernaufgaben sozialdemokratischer Politik und muß endlich Vorrang gegenüber anderen Belangen haben.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Verankerung des **Umweltschutzes in der Verfassung** von Berlin. Alle öffentlichen und privaten Vorhaben sollen künftig systematisch auf ihre **Umweltverträglichkeit** geprüft werden.

Für Kinder hat die Veränderung der städtischen Umwelt durch immer mehr Autos und immer weniger Freiflächen besonders schwerwiegende Einschränkungen gebracht.

Kinder haben ein Recht auf Bewegung und Spiel. Sozialdemokraten haben sich in den 70er Jahren für mehr Spielplätze eingesetzt und ein Spielplatzgesetz eingeführt. Eine der ersten Taten des CDU-Senats war der Stopp für geplante Abenteuerspielplätze.

In der Stadtpolitik haben die Sozialdemokraten Mitte der 70er Jahre einen Kurswechsel vollzogen: Weg von den Großbauprojekten in den Außenbezirken, hin zur Erneuerung der Innenstadt. Ein wesentlicher Eckpunkt sozialdemokratischer Stadtpolitik war dabei in der Vergangenheit der Wertausgleich für die Innenstadtbezirke. Diese Bezirke entwickeln sich durch die Häufung von Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen noch weiter auseinander. Deshalb sind wieder bildungs-, sozial- und baupolitische Wertausgleichsmaßnahmen für die Innenstadt vorzusehen. **Wir wollen die menschenfreundliche Stadt.** Diese Politik ist auch heute noch gültig. Berlin darf nicht zugebaut werden! Grün- und Freiflächen sowie Landschafts- und Naturschutz haben aufgrund

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

der Insellage Berlins eine besonders hohe Bedeutung. Wir werden daher:

— Grünflächen und Straßenbaumbestand in der Innenstadt sichern und erweitern
— alle Maßnahmen zur Stabilisierung und Wiederbelebung des Waldes ergreifen, um so viel Wald wie möglich zu retten.
— die Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweiten und vor schädlichen Einflüssen bewahren,
— den Lärmschutz, insbesondere in Wohngebieten, vorantreiben,
— vermehrt Kleingartenflächen schaffen und die vorhandenen in Dauerkleingärten umwandeln,
— ökologisch wertvolle Freiflächen und Biotope auf Dauer erhalten, neue schaffen,
— landwirtschaftlich genutzte Flächen unter Landschaftsschutz stellen,
— den Wohnungsbau auf Baulücken in der Innenstadt konzentrieren,
— den Bodenschutz verbessern und einen Sonderfonds zur Feststellung und Beseitigung von Bodenverseuchungen einrichten.

1. **Luftreinhaltung: Die Berliner Luft ist heute eine der schlechtesten in Europa. Die Fälle von Pseudo-Krupp bei Kleinkindern mehren sich, der Berliner Wald ist zu über 65 % geschädigt. Es ist höchste Zeit zu handeln! Die Berliner Sozialdemokraten werden sich deshalb dafür einsetzen, daß folgende Forderungen verwirklicht werden:**

— Im Interesse einer ökologisch und ökonomisch vertretbaren Nutzung der uns zur Verfügung stehenden Energie ist eine Konkurrenz zwischen BEWAG, GASAG, EAB und ähnlichen Energieunternehmen durch politische Vorgaben auszuschließen.
— Der Schadstoffausstoß von Berliner Kraftwerken ist durch ein Sofortprogramm drastisch zu verringern. Die Senatsplanung ist völlig unzureichend und wirkt zu spät. Ebenso muß in den nächsten vier Jahren der Schadstoffausstoß von Anlagen der Industrie und des Gewerbes beträchtlich vermindert werden.
— Die bei Kohle- und Ölheizungen entstehenden Schadstoffe sind durch gezielten Ausbau des Fernwärmenetzes und von Gasheizungen sowie durch Energiesparmaßnahmen zu reduzieren.
— Für Neuwagen sind ab 1986 Abgasgrenzwerte vorzuschreiben, die dem Stand der Technik entsprechen, z. B. durch Abgaskatalysatoren und bleifreies Benzin.
— Alle städtischen Dieselfahrzeuge (Busse, BSR-Wagen) sind ab sofort mit Rußfiltern auszurüsten. Bei der Ersatzbeschaffung landeseigener Fahrzeuge sind nur noch Fahrzeuge zu erwerben, die mit der neuesten Umwelttechnik versehen sind.
— Jährlich ist eine **Abgaskontrolle** an allen Kraftfahrzeugen vorzunehmen.
— Das **Meßsystem** zur Auslösung des Smog-Alarms ist auszubauen, insbesondere sind weitere wichtige Schadstoffe wie Schwebstaub, Stickoxide, Kohlenwasserstoffe einzubeziehen. Die Werte für die Auslösung des Smog-Alarms sind drastisch zu vermindern.

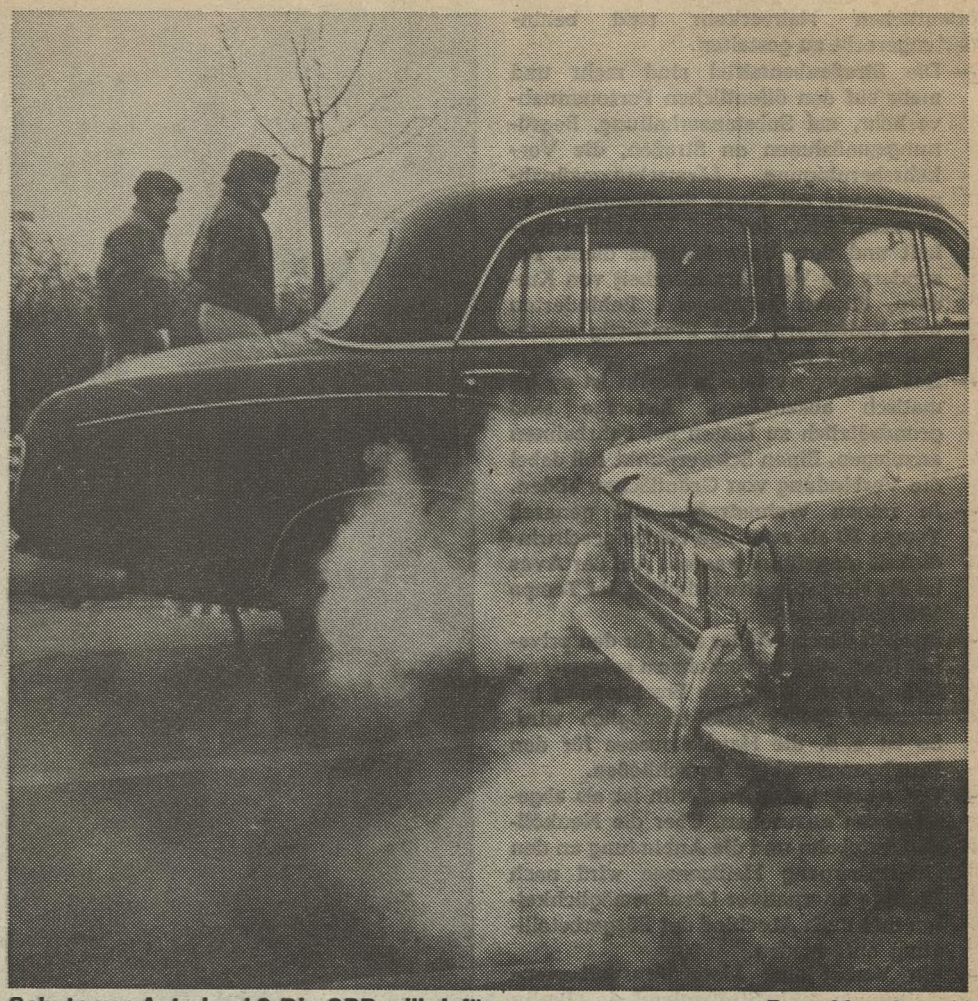
2. **Gewässerschutz:** Wasser ist ein knappes und lebenswichtiges Gut. Sparsamer Umgang damit ist ebenso notwendig wie der Schutz der Oberflächengewässer vor belastenden Einleitungen und die Erhaltung der Grundwassermenge und ihrer Qualität. Die Berliner Sozialdemokraten fordern deshalb u. a.:

— Die natürliche Vegetation an Flüssen, Seen und Teichen ist wiederherzustellen.
— Die Wiederherstellung natürlich gewachsener Ufer und drastische Einschränkungen des Motorbootverkehrs, wo es der Umweltschutz erfordert. Keine Motorbootrennen auf Berliner Gewässern.
— Grünflächen, Plätze und Gehwege sind so anzulegen, daß eine **Versickerung** des Niederschlagswassers erfolgen kann. Bereits vorgenommene Bodenversiegelungen sind möglichst rückgängig zu machen.
— Ausweisung weiterer **Wasserschutzgebiete.**
— Umfangreiche Kontrollen der Wasserqualität und von Betrieben, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten.
— Geordnete und nicht geordnete **Altdeponien** sowie Ablagerungen sind zu erfassen und auf ihr Gefährdungspotential für das Grundwasser zu untersuchen. Bei Gefährdung sind Sanierungsmaßnahmen sofort durchzuführen.
— Durchführung eines Modellversuchs für die getrennte Verwendung von Trink- und Brauchwasser.

3. **Bodenschutz:** Industrielle Umwelt und Übernutzung haben zu erheblichen Belastungen des Bodens geführt, die Auswirkungen nicht nur auf die Gesundheit des Menschen, sondern auf das gesamte Ökosystem haben. Der Boden ist deshalb nicht nur zu schützen, sondern auch zu regenerieren.

4. **Verkehr:** Rund 700 000 Kraftfahrzeuge in Berlin, das bedeutet Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, Unfallgefahren, Energieverschwendung, Landschaftsverbrauch und Wohnumfeldverschlechterung. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahre hat das Auto bevorzugt. Jetzt müssen Fußgänger, Fahrradfahrer und der öffentliche Personennahverkehr Vorrang haben. Im Gegensatz zum CDU/FDP-Senat sind die Sozialdemokraten auch bereit, den Autoverkehr dort gezielt einzuschränken, wo es der Wohn- und Lebensqualität der Menschen dient.
— Ein sozialdemokratisch geführter Senat wird ein umfassendes **Gesamtkonzept für den öffentlichen Personennahverkehr** unter Einbeziehung der S-Bahn vorlegen, das so attraktiv ist, daß Autofahrer veranlaßt werden, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

In der kommenden Legislaturperiode soll auf jeden Fall der S-Bahn-Betrieb auf der Ringbahn wieder aufgenommen werden. Das Park-and-ride-System soll ebenso wie Bus-Sonderspuren ausgebaut und die Möglichkeit, Fahrräder in öffentlichen Verkehrsmitteln mitzunehmen, erweitert werden. Die Einrichtungen des



Schutz vor Autodreck? Die SPD will dafür sorgen Foto: Mrotzkowski

öffentlichen Nahverkehr sind behindertengerecht zu gestalten.

— Die **Straßenbaumittel** sind mehr und mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr, auf Substanzerhaltung, Begrünungsmaßahmen an Straßen, die Verkehrsberuhigung, Lärmschutzmaßnahmen sowie auf einen Straßenumbau zu konzentrieren, der der Verkehrssicherheit und dem Umweltschutz dient. Besonders die Verkehrssicherheit von Kindern, älteren Mitbürgern, Behinderten und Radfahrern muß kurzfristig erheblich erhöht werden.
— Das **Radwegesystem** in Berlin ist systematisch auszubauen. Radwege sind grundsätzlich zu Lasten der Fahrbahnen anzulegen. Einen Schwerpunkt soll dabei die Verbindung von Grünflächen bilden.
— In reinen **Wohnstraßen** soll generell **Tempo 30** als zulässige Höchstgeschwindigkeit eingeführt werden. Auf der **Avus** ist die Höchstgeschwindigkeit auf **Tempo 100** festzulegen.
— Straßen durch Wälder sind für den privaten Kraftfahrzeugverkehr zu **sperren**, sofern dadurch nicht die Erschließung bestimmter Stadtgebiete unmöglich wird. So ist z. B. die Havelchaussee für den Durchgangsverkehr zu schließen.
— Der **Autobahnbau** in Berlin ist als **abgeschlossen** anzusehen. Über die Neuköllner Autobahn und die Anbindung an den Grenzübergang Heiligensee wird nach Prüfung alternativer Lösungsmöglichkeiten und nach Abschluß der Bürgerbeteiligung entschieden.
— Ein Verbot aller Motorrennsportveranstaltungen auf Straßenland in Berlin (West) ist zu erlassen.

5. **Abschied von Großprojekten:** Wir Sozialdemokraten haben einige Großprojekte, die heute aus umwelt- und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten zweifelhaft geworden sind, erneut geprüft:

— Ein SPD-Senat wird neue Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahn über den **Südgüterbahnhof** mit dem Ziel anstreben, daß dieses geplante Projekt nicht verwirklicht werden muß.
— Erneute Verhandlungen sollen auch mit der DDR über die **Spandauer Schleuse** geführt werden, um sowohl auf den geplanten Bau einer zweiten Kammer als auch auf den Ausbau der bestehenden Kammer zu verzichten. Die Bedenken über die Gefährdung der Spandauer Zitadelle sind nicht ausgeräumt.
— Die Berliner SPD konnte sich mit ihrer Forderung nach einer Umplanung beim neuen **Kraftwerk Reuter-West** auf kleine Blockgrößen gegenüber dem CDU/FDP-Senat nicht durchsetzen. Sollte die Inbetriebnahme nunmehr in der von Senat und BEWAG geplanten Form erfolgen, sind umweltbelastende Kraftwerksanlagen im Umfang der neu erstellten Leistung ersatzlos stillzulegen.

6. **Kleingärten erhalten:** Kleingärten sind in Berlin ein Ausgleich für fehlende Naherholungsgebiete. Die Berliner SPD wird daher von den rund 50 000 vorhandenen Kleingärten so viele wie möglich als Dauerkleingärten sichern und für Kleingartengrundstücke, die nicht im öffentlichen Eigentum sind, Pachtverhältnisse über den 31. März 1987 hinaus anstreben. Wir Sozialdemokraten wollen darüber hinaus aber neue Flächen für kleingärtnerische Nutzung ausweisen (z. B. nicht genutzte Eisenbahnflächen). Kleingartengelände soll für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung nur noch dann genutzt werden dürfen, wenn nach strenger Prüfung alternative Standorte nicht in Frage kommen und dafür Ersatzgelände zur Verfügung gestellt wird.



Solidarität mit Bedürftigen — eine Tradition bei Sozialdemokraten

III. Im Interesse der Menschen: Den Anschlag auf den Sozialstaat abwehren

Wir Sozialdemokraten widersetzen uns dem Anschlag auf den Sozialstaat, der von den CDU-Regierungen in Bonn und Berlin verübt wird: die von der Rechtsregierung be-

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Foto: Darchinger

schlossenen Maßnahmen haben in Berlin besonders verheerende Auswirkungen. Hier gibt es mehr Familien mit nur einem erziehenden Elternteil, überdurchschnittlich viele Ein-Personen-Haushalte und eine größere Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie alle sind von den Einschnitten hart betroffen.

Allein die Kürzungen und Beitragserhöhungen durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 belasten die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik und Berlin mit rund 15,5 Milliarden DM. In den Jahren bis 1987 summieren sich die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger auf rund 80,5 Milliarden DM. Die Anteile an diesen Belastungen sind wie folgt verteilt: Rentner 14,7 %, Behinderte 2 %, Arbeitslose, Umschüler und Jugendliche mit abgeschlossener Ausbildung 10 %, die erwerbstätigen Mütter 2,1 %, der öffentliche Dienst 36,1 %, die Arbeitnehmer 34,3 %. Die Arbeitgeber sind mit ganzen 0,8 % beteiligt!

Wo ist das soziale Gewissen der CDU? Die CDU beansprucht, die sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen zu konzentrieren. Das klingt gut. Wir Sozialdemokraten jedoch fragen: Sind die ledigen Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger, denen die Wende-Regierung in Bonn die Leistungen kürzt, wirklich nicht hilfebedürftig?

Ist es vertretbar, daß den Jugendlichen, die im Anschluß an ihre Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, die bisherigen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz um 33 % gekürzt werden?

Ist es sozial gerecht, den Umschülern, auch wenn sie bereits in Maßnahmen der beruflichen Bildung sind, das Unterhaltsgeld um 5 % zu kürzen?

Wie verhält es sich mit dem frechen Griff in den Geldbeutel unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger? Sie mußten im Jahr 1984 mit 1,8 % weniger Kaufkraft in ihren ohnehin nicht üppig ausgestatteten Geldbörsen auskommen.

Ist es wirklich sozial, den Bürgerinnen und Bürgern, die länger als sechs Wochen krank sind, das Krankengeld um 11,5 % zu kürzen?

Ist es mit christlichen Grundsätzen wirklich zu vereinbaren, der ohnehin doppelbelasteten erwerbstätigen Mutter das Mutterschaftsgeld um 240 DM monatlich oder 32 % zu kürzen?

Wird nicht das soziale Gewissen unserer Gesellschaft mit Füßen getreten, wenn wir den behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die ein Leben lang im Rahmen ihres Leistungsvermögens gearbeitet haben, im Alter die ohnehin bescheidene Rente weiter beschneiden?

Und noch ein Beispiel: Hat es etwas mit Solidarität zu tun, wenn die Sozialhilferegelsätze 1983 tatsächlich nur um 1 % erhöht wurden? Angesichts der Preissteigerungen ist das existenzielle Minimum vieler Haushalte jetzt nicht mehr gewährleistet. Armut hat Einzug gehalten in der noch immer reichen Bundesrepublik Deutschland.

Von den sozialen Kürzungen sind alle Bürger betroffen. Frauen angesichts ihrer generell schwächeren Position in der Gesellschaft unverhältnismäßig stärker, Familien aufgrund des Zusammenkommens vieler Kürzungsmaßnahmen noch härter.

Dieser unvollständige Katalog von Leistungskürzungen wird flankiert von steigenden oder neuen Beitragsregelungen der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung, in der Rentenversicherung, beim Krankengeld und hinsichtlich der Beitragspflicht für Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld u. ä.

Die Kürzungen im Sozialhaushalt lassen nur einen Schluß zu: Betroffene und Opfer der Wirtschaftskrise sollen die Folgen auch noch selbst bezahlen. Die Reichen werden immer reicher. Der CDU/FDP-Senat hat bei alldem Punkt für Punkt im Bundesrat mitgestimmt, gegen die Interessen der zahlreichen Betroffenen in Berlin.

Der Angriff von CDU/FDP auf den sozialen Schutz ist umfassend. Nicht nur staatliche Sozialleistungen werden gekürzt. Auch im Arbeitsleben werden Schutzgesetze zurückgenommen, die während der Regierungsverantwortung der SPD durchgesetzt wurden.

Mit der generellen Zulassung befristeter Arbeitsverträge wird das Kündigungsschutz-

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

gesetz ausgehebelt. Der besondere Kündigungsschutz für Schwangere, langjährig Beschäftigte, Betriebsräte, Schwerbehinderte entfällt. Das amerikanische System des Heuerns und Feuerns soll unseren sozialstaatlichen Arbeitnehmerschutz ablösen.

Durch die Abschaffung der Sozialplanpflichtigkeit bei Massenentlassungen in den ersten vier Jahren nach Unternehmensgründung verschlimmern sich die Folgen unternehmerischer Entscheidungen für die betroffenen Arbeitnehmer. Sozialpläne und die darin vereinbarten Abfindungen für den Verlust des Arbeitsplatzes können künftig die sozialen Folgen von Rationalisierung und Massenentlassungen nicht mehr mildern.

Wir Sozialdemokraten widersetzen uns dieser unsozialen und unsolidarischen Politik. Wir setzen dagegen: Den Sozialstaat erhalten! Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit ist es. Wir bekennen uns zum Sozialstaat als Verfassungsauftrag und lassen ihn nicht zur beliebigen Verfügungsmasse der konservativen Regierungen machen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit auch in der Wirtschaftskrise sichern.

Gerade in der Krise muß sich der Sozialstaat bewähren. Gerade in der Krise brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Solidarität, um auch den von der Krise Betroffenen die volle Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Deshalb kämpfen wir gegen den Sozialabbau und setzen auf eine Politik der Reform, die die sozialen Sicherungssysteme erhält und ausbaut. Durch eine Umverteilung der Lasten von denen, die sie schon lange nicht mehr tragen können, auf die Schultern derjenigen, die jetzt von der Politik des Sozialabbaus profitieren.

16 Forderungen für Solidarität und Gerechtigkeit

Ein sozialdemokratischer Senat wird sich deshalb dafür einsetzen:

1. daß alle Bürgerinnen und Bürger an der **Finanzierung** der Arbeitsmarktpolitik beteiligt werden;
2. daß Unternehmen, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzen, an der **Finanzierung der sozialen Folgen der Rationalisierung** beteiligt werden;
3. daß Einkommensstarke stärker als bisher zur **Finanzierung sozialer Leistungen** herangezogen werden (Ergänzungsabgabe);
4. daß die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, bei Krankengeld und bei den Leistungen für Jugendliche nach dem Arbeitsförderungsgesetz rückgängig gemacht werden;
5. daß die **Rentner** an dem von den Arbeitsnehmern und ihren Gewerkschaften erkämpften wirtschaftlichen Fortschritt **angemessen teilnehmen;**
6. daß die **Sozialhilfe** als das letzte Auffangnetz für Bedürftige in ihrer Substanz **gesichert** wird. Der Warenkorb muß an die veränderte wirtschaftliche Entwicklung angepaßt werden;
7. daß die **Reform des § 218** nicht zurückgedreht wird; „Pro familia" muß erhalten bleiben. Die Berliner Stiftung „Hilfe für die Familie" dagegen, die Gelder ohne Rechtsanspruch verteilt, ist in keinem Fall geeignet, wirkliche Hilfe zu bieten;
8. daß das **Ehe- und Familienrecht** nicht einseitig zu Lasten der Frauen verändert wird. Das Zerrüttungsprinzip darf nicht angetastet werden;
9. daß der finanzielle Rahmen für die Arbeit der **Frauenhäuser** ausgeweitet wird, um eine erfolgreiche Arbeit während und nach dem Aufenthalt im Frauenhaus sicherzustellen;
10. daß die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** für Frauen **und** Männer erleichtert wird. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, Frauen aus dem Erwerbsleben zu verdrängen. Sozialdemokraten lehnen deshalb das von der CDU eingeführte Familiengeld ab. Es ist aufgrund der fehlenden Arbeitsplatzgarantie ein geeignetes Instrument, um erwerbstätige Mütter aus dem Arbeitsprozeß auszuschalten und an das Haus zu fesseln;
11. daß der Mutterschaftsurlaub in **Elternurlaub,** das Mutterschaftsgeld in **Elterngeld** umgewandelt und wieder erhöht wird;
12. daß Müttern und Vätern, die wegen der Kindererziehung aus dem Beruf ausscheiden, **Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung** angerechnet und Eingliederungshilfen bei der Rückkehr in den Beruf gewährt werden;
13. daß die **Mitsprache älterer Bürgerinnen und Bürger** auf allen Ebenen ausgebaut wird, die selbständige Lebensführung älterer Menschen durch entsprechende Betreuungs- und Wohnangebote gefördert wird;
14. daß eine **sozial gerechte Ausbildugnsförderung** für Schüler, Auszubildende und Studenten, einschließlich des Ferienmonats wiederhergestellt wird. Insbesondere müssen die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten von Mädchen gesichert werden, denn vor allem sie sind die Hauptbetroffenen der neuen Bafög-Regelungen. Ein sozialdemokratischer Senat wird die Ausbildungsförderungsregelung auf Landesebene wirksamer und gerechter gestalten.
15. daß ein **gesünderes Leben** für alle Bürgerinnen und Bürger erreicht wird. Die SPD hält die Gesundheitsversorgung für eine vorrangige Aufgabe des Staates. Vorsorgemaßnahmen müssen in den Mittelpunkt gesundheitspolitischer Maßnahmen rücken. In allen Stadtteilen sollen Einrichtungen der Gesundheitsberatung und Gesundheitshilfe geschaffen werden. Dort soll auch die gesundheitliche Selbsthilfe der Bürger Räume und Ausrüstung für ihre freie Entfaltung finden.

    Der Gesundheitsschutz soll ausgebaut, die gesundheitliche Versorgung am kranken Menschen und seinen Bedürfnissen orientiert, die soziale Sicherheit für den Kranken und Pflegebedürftigen gewährleistet werden.

    In den an sich wichtigen Sozialstationen arbeiten die dort Beschäftigten — in der Regel Frauen — in sozial nicht abgesicherten Arbeitsverhältnissen. Die Sozialstationen sollen so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben in der häuslichen Pflege und Versorgung voll erfüllen und möglichst viele Chronischkranke und Behinderte in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Die Krankenhäuser sollen differenziert so ausgebaut werden, daß die Mitarbeiter ihrer ärztlichen und pflegerischen Dienste sich den Kranken genügend zuwenden können. Der bisherigen Entwicklung, Teilbereiche des öffentlichen Gesundheitswesens zu privatisieren, muß Einhalt geboten werden. Das Landeskrankenhausgesetz ist entsprechend zu novellieren.
16. daß die sozialen Eingriffe durch die Rechtskoalition in Bonn in das **Recht der Behinderten** beseitigt werden. Die Bedingungen der Integration für behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen verbessert, die Einkommen der behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger gesichert werden. Dazu gehört auch die Wiedereinführung der Freifahrt bei der BVG für Schwerbehinderte.

Subsidiarität, Solidarität und Selbsthilfe:

Solidarität und Selbsthilfe waren immer Prinzipien der Arbeiterbewegung und der deutschen Sozialdemokratie. Wir werden nicht zulassen, daß der Begriff der Subsidiarität mißbraucht wird, um zu bemänteln, daß in Wirklichkeit die mit den starken Schultern entlastet und die mit den schwachen Schultern belastet werden.

Wir werden den Versuch abwehren, der Arbeiterbewegung den Begriff der Solidarität zu stehlen und ihn dadurch zu mißbrauchen, indem man versucht, ihn einer konservativen Politik überzustülpen. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Selbsthilfe und zur ehrenamtlichen Arbeit. Wir lehnen allerdings ab, dieses Bekenntnis zu mißbrauchen, um soziale Notlagen auf den einzelnen zurück zu verlagern und die Finanzierung sozialer Dienstleistungen zu privatisieren.

Wir widersetzen uns entschieden dem Versuch, den Frauen als einzige Alternative zur Erwerbstätigkeit unter den Begriffen der „neuen Mütterlichkeit" oder der „sanften Macht der Familie" ehrenamtliche Arbeit als unbezahlte Tätigkeit anzudienen. Wir sehen keinen unversöhnlichen Gegensatz zwischen professioneller und autonomer Sozialarbeit sowie ehrenamtlicher Tätigkeit. Wir wollen, daß sie sich im Interesse der Bürger ergänzen.

Ein sozialdemokratischer Senat wird deshalb neben bestehenden Jugend- und Wohlfahrtsverbänden sowie freien Trägern der Sozialarbeit den Bürgerinitiativen, den Selbsthilfegruppen, den sozialen Projekten, den neuen Formen des gemeinsamen Lebens und Arbeitens, den vielfältigen Formen nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit ein aufgeschlossener Partner sein. Wir werden auf regionaler Ebene Stätten für nachbarschaftliche Begegnungen einrichten, den Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen geeignete Räumlichkeiten und fachliche Beratung bieten. Ein Modell für diese Ange-

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

bote könnten Nachbarschaftsheime in weitgehender Selbstverwaltung sein. Diese Angebote sollen allen Menschen der Nachbarschaft offenstehen, sie sollen die Generationen und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammenführen.

Chancen für junge Menschen:

Große Teile der Jugend in unserer Stadt verfolgen zu Recht kritisch die politische Entwicklung, die weniger Mitbestimmung und weniger soziale Gerechtigkeit gebracht hat. Viele Jugendliche sind betroffen von Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Besonders für sie müssen lebenswerte Alternativen zur Resignation und Perspektivlosigkeit entwickelt und verwirklicht werden.

Die Sozialdemokraten stehen zu ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und sehen hierin gerade auch einen Eckpfeiler ihrer Jugendpolitik.

Junge Menschen müssen Chancen zur persönlichen Entfaltung und Entwicklung erhalten und wahrnehmen können.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1985 zum „Jahr der Jugend" erklärt. Die nationale Kommission der Bundesrepublik Deutschland für das internationale Jahr der Jugend 1985 hat unter anderem ausgeführt:

„Die Mitwirkung der Jugend an der Gestaltung einer friedlichen Zukunft setzt voraus, daß dem Engagement Jugendlicher für den Frieden Raum gegeben wird und daß auch die Fähigkeiten zum friedlichen Austragen von Interessengegensätzen innerhalb unserer Gesellschaft geübt und gestärkt werden. Dialogverweigerungen, mangelnde Bereitschaft zum Kompromiß und das Hinweggehen über die Interessen der Schwächeren sind schwere innengesellschaftliche Belastungen für Bemühungen, die Fähigkeit zum Frieden zu lehren und zu lernen."

Wir Sozialdemokraten werden unseren jungen Bürgern diese Mitwirkung und die Chancen zur Gestaltung einräumen. Unser Vertrauen in die Jugend hat für alle Bürger positive Ergebnisse. Auch die junge Generation hat Anspruch auf Partnerschaft und Teilhabe an den Entscheidungen für unsere Gesellschaft.

Es ist Aufgabe des Staates, Raum und Möglichkeiten für eine sinnvolle Gestaltung ihrer Freizeit zu gewährleisten. Ein hoher Stellenwert komme dabei den Jugendeinrichtungen, insbesondere den Bildungsstätten, den Freizeitheimen und den Jugend-Cafés zu. Für die pädagogische Begleitung der Jugendlichen muß ausreichendes und qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen. Der Mitarbeiterschlüssel muß entsprechend verbessert werden.

Wir werden daher gemeinsam in Partnerschaft mit Jugendverbänden, Initiativgruppen und deren Zusammenschlüsse die Jugendhilfe in Berlin auf eine neue Grundlage stellen, die das Mit- und Selbstbestimmungsrecht der Jugendlichen und der Jugendorganisationen weiterentwickelt und respektiert.

IV. Wohnen ohne Angst: Wir machen der Wohnungsspekulation ein Ende!

Ein breites Angebot von guten, bezahlbaren und familiengerechten Wohnungen für die Bürger Berlins ist eines der Hauptziele sozialdemokratischer Wohnungs- und Sozialpolitik. 90 % aller Berliner wohnen zur Miete. Deshalb wollen wir auch künftig Wohnungspolitik aus der Sicht der Mieter betreiben und nicht im Interesse von Wohnungsspekulanten und Abschreibungsfirmen. Unter einer sozialdemokratischen Regierung brauchen die Mieter dieser Stadt keine Angst zu haben:

— keine Angst vor überhöhten Mieten,
— dem Verlust ihrer Wohnung durch Umwandlung,
— der Verdrängung durch teure und unzumutbare Modernisierungsmaßnahmen.

Die Einbeziehung von Mietern in die Gestaltung ihrer persönlichen Wohn- und Lebensverhältnisse ist in einer Demokratie unverzichtbar. Die Berliner SPD fordert deshalb mehr Mitbestimmung und Mitwirkung im Wohnbereich. Die Ausweitung des Genossenschaftsgedankens und der in ihm verankerten Grundsätze von Solidarität und Verantwortungsbereitschaft fördern die Identifikation des Bürgers mit seiner Wohnung, seinem Quartier und seiner Stadt.

Wir treten für eine Rückbesinnung auf die Grundgedanken des Genossenschaftswesens ein. Genossenschaftliches Gemeinschaftseigentum muß wieder als besonders förderungswürdiger dritter Weg der Wohnungsversorgung neben Mietwohnungen und Einzeleigentum stehen. Das technisch-rechtlich-finanzielle Dornengestrüpp staatlicher Maßnahmen wollen wir in Berlin so durchforsten, daß genossenschaftliche Gruppenhilfe nicht länger behindert, sondern gefördert wird.

Neben dem Mietwohnungsbau unterstützen die Sozialdemokraten den Wunsch vieler, vor allem junger Berliner Familien mit Kindern, Eigenheime zu schaffen. Bei der Eigentumsförderung sollen Familien mit mehreren Kindern und mit geringem Einkommen bevorzugt werden.

1. Gegen Preistreiberei und Spekulation:

Die Berliner SPD wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Wohnungs- und Mietenpolitik der CDU/FDP-Koalitionen in Berlin und Bonn. Diese Politik ist gekennzeichnet durch

— eine preistreibende Mietentwicklung im Alt- und Neubau,
— Verschleuderung von öffentlichem Wohnungsbesitz zugunsten von Spekulanten,
— eine Modernisierungspolitik, die die Rechte der Mieter zurückschraubt und zur Verdrängung der Bewohner führt,
— eine Wohnungsbaufinanzierung, die Abschreibungsfirmen auf Kosten der Mieter und Steuerzahler hoch subventioniert.

Diesem wohnungs- und mietenpolitischen Ausverkauf durch die CDU/FDP muß ein Ende bereitet werden, damit die Mieter in Berlin ohne Angst leben können.

Sozialmieten müssen sozial bleiben: Um gerechte Mieten für Sozialwohnungen zu ermöglichen, werden je nach Einkommen der Mieter unterschiedliche Mietobergrenzen festgelegt. Deshalb soll gelten: Je geringer das Einkommen eines Sozialmieters ist, desto geringer soll der Anteil der Miete am Nettoeinkommen (Mietbelastung) sein.

Familien mit Kindern sollen eine zusätzliche Förderung erhalten. Bei der Entscheidung über die zumutbare Belastung der Mieter sind die Heizungskosten und Umlagen zu berücksichtigen. Auf der Grundlage solch bezahlbarer Sozialmieten treten die Berliner Sozialdemokraten weiterhin für die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe für Mieter ein, deren Einkommen über die vorgesehenen Grenzen gestiegen ist. Wir werden aber dafür sorgen, daß die Fehlbelegungsabgabe erst dann erhoben wird, wenn das Einkommen die zulässigen Grenzen um mehr als 40 Prozent überschreitet. Von einer schematischen Anwendung ist abzusehen. Insbesondere sind Ausnahmen von der Erhebung dort zuzulassen, wo die Vermietung der Wohnungen gefährdet ist. Dabei sind die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau regelmäßig der Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen.

In Berlin soll die Fehlbelegungsabgabe nicht nur für den Bau von preiswerten Sozialwohnungen, sondern auch für die Verringerung der Sozialmieten verwendet werden.

Mietpreisbindung als Dauerrecht: Die CDU will, daß Berlin 1988/90 Weißer Kreis wird. In vielen Altbauten werden die Mieten dann nicht mehr zu bezahlen sein. Darum treten die Berliner Sozialdemokraten dafür ein, daß die Mietpreisbindung für Altbauten zum Dauerrecht wird. Unsere Politik wird sein, für Berlin — möglichst gemeinsam mit anderen Großstädten — eine verbesserte Mietpreisbindung durchzusetzen, um unsere Städte zu retten. Mietpreissteigerungen von durchschnittlich 40 Prozent — wie seit dem Regierungsantritt des CDU-Senats — darf es in Zukunft nicht mehr geben. Deshalb lehnen wir Ertragsberechnungsverordnungen in der bisherigen Form ab.

Die Berliner Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß die von der CDU/FDP-Bundesregierung vorgenommenen Wohngeldkürzungen rückgängig gemacht werden. Bei der Reform des Wohngeldgesetzes müssen künftig die Belastungen der Mieter durch Heizkosten berücksichtigt werden.

2. Spekulative Umwandlung verhindern:

Die Berliner SPD wird sich im Bund dafür einsetzen, spekulative Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, wie sie vom gegenwärtigen CDU/FDP-Senat gefördert werden, wirksam einzuschränken und den Mieterschutz auszubauen:

— Wohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet wurden, dürfen nicht gegen den Willen des Mieters umgewandelt werden.
— Bei allen Wohnungen, die nicht im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden, soll die Berufung auf Eigenbedarf im wesentlichen ausgeschlossen sein; etwa bei kinderreichen Familien, bei älteren und langjährigen Mietern und bei Mietern,

die innerhalb des doppelten Satzes der Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus liegen.
- Die steuerliche Begünstigung des Erwerbs von umgewandelten Wohnungen ist nur für Selbstnutzer zuzulassen.
- Der Mietwohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und des Landes Berlin darf grundsätzlich nicht umgewandelt werden. Der Verkauf wird generell abgelehnt.
- Die Vergabe von öffentlichen Förderungsmitteln für die Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen ist mit einem Umwandlungsverbot zu verbinden.

3. **Gewerbemieten**

Da durch Spekulation mit Gewerbemieten immer mehr kleine und mittlere Existenzen (und damit Arbeitsplätze) vernichtet werden, setzen sich die Berliner Sozialdemokraten dafür ein, auch für Gewerbemieten eine Preisbindung einzuführen.

4. **Stadterneuerung mit den Bewohnern:**

Die Stadterneuerung ist für Sozialdemokraten ein Schwerpunkt der Berliner Wohnungspolitik. Sie kann nur im behutsamen Vorgehen, in kleinen Schritten und im Einvernehmen mit den Bewohnern erfolgreich sein. Wir treten für eine verstärkte öffentliche Förderung der Stadterneuerung ein. Entscheidungen über Stadterneuerungsmaßnahmen dürfen nicht vom „grünen Tisch", sondern müssen vor Ort zwischen allen Beteiligten getroffen werden.

Dabei werden wir in den Sanierungsgebieten sicherstellen, daß die Rechte der gewählten Betroffenenvertretungen gestärkt werden. Die Beratung und Betreuung der Mieter ist weiterhin durch unabhängige Beratungsgesellschaften sicherzustellen.

Die Modernisierungsmaßnahmen und die künftigen Mieten müssen so gestaltet sein, daß ein „Hinausmodernisieren" der Mieter verhindert wird. Bei öffentlich geförderten Stadterneuerungsmaßnahmen soll die Miete in diesen Gebieten grundsätzlich 1 DM/m² unter dem Mietniveau vergleichbarer Wohnungen anderer Gebiete liegen.

Die Mietermodernisierung und Selbsthilfe werden eine besondere Förderung erfahren. Wir werden für eine finanzielle Aufstockung entsprechender Programme sorgen und Hemmnisse abbauen. Dazu gehört vordringlich, daß Mietermodernisierung künftig nicht mehr grundsätzlich von der Zustimmung der Eigentümer abhängig sein wird. Deshalb ist ein Katalog förderungswürdiger und nicht zustimmungspflichtiger Maßnahmen zu erstellen.

Das Miteinander von Wohnen und Arbeiten muß erhalten bleiben. Dabei sind die Belastungen der Umwelt zu vermeiden. Durch eine Verbesserung der sozialen Versorgung, etwa mit Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen, Sport- und Freizeitstätten, durch Begrünungsmaßnahmen, Beruhigung des Verkehrs sowie die Gestaltung von Fassaden und Brandwänden soll auch ein verstärkter Wertausgleich zwischen den Bezirken erreicht werden.

5. **Instandhaltung gewährleisten:**

Zur Vermeidung von Wohnungsmißständen ist die öffentliche Kontrolle der Instandhaltung erforderlich. Die SPD wird daher für eine regelmäßige Überprüfung des Zustandes von Wohnungen und Wohngebäuden sorgen (Gebäude-TUV). Damit das Land Berlin mit gutem Beispiel vorangeht, sind im Rahmen eines Sofortprogramms die städtischen Wohnungen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

Eigentümern, die Wohnungen verwahrlosen oder leerstehen lassen, sollte die Verfügung über ihr Eigentum vorübergehend entzogen werden. Das Land Berlin oder von ihm eingesetzte Treuhänder sollen in diesen Fällen für eine ordnungsgemäße Instandsetzung und Wiedervermietung sorgen. Deshalb treten wir für eine Änderung des Wohnungsaufsichtsgesetzes ein.

6. **Wohnungsbau preiswert und sozial gestalten:**

Für Sozialdemokraten bleibt die Schaffung preiswerten Wohnraums ein Kernpunkt sozialer Wohnungspolitik. Dank der enormen Wohnungsbauleistungen in den 60er und 70er Jahren konnte in Berlin die Wohnungsnot rein zahlenmäßig beseitigt werden. Deshalb kann sich angesichts der rückläufigen Bevölkerungszahl der Wohnungsneubau am Ersatzwohnbedarf orientieren. Neue Wohnungen sollen in erster Linie in der Innenstadt gebaut werden.

Die in den Wohnungsneubau investierten öffentlichen Gelder müssen so eingesetzt werden, daß sie auch langfristig ihren sozialen Zweck erfüllen. Deshalb sollen Wohnungsbaugesellschaften sowie städtische und gemeinnützige Wohnungsunternehmen vorrangig am Wohnungsneubau beteiligt sein. Die gegenwärtige öffentliche Förderung des Wohnungsneubaus ist durch eine überzogene und skandalöse Subventionierung von Abschreibungsgesellschaften gekennzeichnet. Durch eine Reform des Förderungssystems sollen die hohen Abschreibungsmöglichkeiten kurzfristig und effektiv eingeschränkt werden. Zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus sind zinslose oder zinsgünstige Baudarlehen einzusetzen.

Zu einer verantwortungsvollen Wohnungsbaupolitik gehört auch die Sicherung der Arbeitsplätze im Baugewerbe. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die personalintensive Stadtreparatur dem Bau weniger Großobjekte bei hohem Maschineneinsatz überlegen ist. Die öffentliche Wohnungsbauförderung muß so gestaltet sein, daß sie zur kontinuierlichen Beschäftigung der Berliner Bauwirtschaft beiträgt.

7. **Wohnen demokratisch gestalten:**

Die Berliner Sozialdemokraten werden die vorhandenen Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung im Wohnbereich ausbauen:
- **Förderung** des genossenschaftlichen Wohnungsneubaus zur Stärkung der Selbstverwaltung und der Eigenleistung der Bewohner,
- **Einbeziehung** von künftigen Bewohnern in die Gestaltung von neuen Wohnungen und des Wohnumfeldes,
- **Mitbestimmung** von Mietern im Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und des Landes Berlin,
- **Mitentscheidung** der Mieter bei öffentlich geförderter Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen,
- **Ausweitung** der vorhandenen Mitwirkungsansätze bei der Stadterneuerung, z. B. Bildung von Stadtteilausschüssen; in den Ausschüssen sollen die Bewohner mehrheitlich vertreten sein.
- Die Mieter sollen vergleichbare **Förderungschancen** wie die Eigentümer erhalten. Mietermodernisierung und Selbsthilfemaßnahmen werden daher verstärkt gefördert.

V. Gemeinschaftsfrieden, Freiheit und Toleranz

Freiheit und Toleranz sind Markenzeichen Berlins. Nur auf ihrer Grundlage kann der Gemeinschaftsfrieden gesichert werden. Wie Liberalität und Toleranz im Alltag und in der öffentlichen Auseinandersetzung geübt werden, bestimmt das Bild der Stadt nach außen und ihre Lebenskraft nach innen. Die Antworten auf kritische Fragen junger Menschen, der Umgang mit unbequemen Minderheiten, das Verhalten gegenüber den ausländischen Mitbürgern und der Stil politischer Diskussionen, all dies ist entscheidend für die freiheitliche Qualität unseres Gemeinwesens.

Liberalität, rechtsstaatliche Sicherheit und sozialer Frieden sind untrennbar miteinander verbunden. Liberalität und innere Sicherheit sind keine Gegensätze. Gerade ein liberaler und demokratischer Staat kann das Recht der Bürger auf Sicherheit, auf Schutz gegen Kriminalität wirksam machen. Wir Sozialdemokraten haben auf diesem Gebiet keinen Nachholbedarf.

Innerer Frieden jedoch ist mehr als innere Sicherheit. Eine auf die Ausgrenzung Andersdenkender, auf den größtmöglichen Einsatz staatlicher Machtmittel beschränkte Politik kann vorübergehend scheinbare Ruhe, niemals aber inneren Frieden schaffen. Rechtspolitik darf nicht der Sicherung von Privilegien dienen, sondern muß den sozial Schwachen schützen.

Durch die Politik des CDU/FDP-Senats haben Liberalität und Toleranz in Berlin erheblichen Schaden genommen. Angehörige des öffentlichen Dienstes und Richter sind in ihrem Recht der freien Meinungsäußerung beschränkt worden. Der Innensenator hat eine Politik der Einschüchterung und Diskriminierung gegenüber den ausländischen Mitbürgern betrieben. Unmenschliche Bedingungen der Abschiebehaft und der Abschiebepraxis haben zu einem katastrophalen Unglück geführt und unsere Stadt ins Gerede gebracht. Kritische Lehrer wurden mit disziplinarischen Maßnahmen auf zweifelhafter Rechtsgrundlage überzogen. In den Schulen und Hochschulen nahmen die politisch begründeten Eingriffe von seiten des Senats zu. Vor diesem Hintergrund beginnt ein Klima von Angst und Duckmäusertum, von Ausländerfeindlichkeit und Gruppenhaß zu entstehen.

Durch die wiederholte Beschimpfung politisch Andersdenkender als „Faschisten" und „Nazis" haben CDU-Politiker die demokratische Diskussion durch Freund-Feind-Denken ersetzt.

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Türke, geboren in Berlin: Er braucht eine faire Bildungschance Foto: Siemoneit

Die Berliner SPD will Liberalität wiederherstellen. Sie wird durch ihre Politik Freiheit und Toleranz stärken und dem sozialen Gemeinschaftsfrieden dienen:

1. Staatliches Gewaltmonopol: Wir bekennen uns zum **staatlichen Gewaltmonopol** in der Demokratie. Die SPD bekämpft jede Anwendung von Gewalt, die nicht gesetzlich liegitimiert und rechtsstaatlich begrenzt ist.

Wir wenden uns aber ebenso energisch gegen jeden Mißbrauch staatlicher Gewalt. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muß stets gewahrt bleiben. Der soziale Gemeinschaftsfrieden kann nur gegründet sein auf der Freiheit des Andersdenkenden und der Bereitschaft aller, ihre Interessen und Ziele ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu vertreten. Darum wird die SPD extremistischen Aktivitäten, vor allem den in letzter Zeit wieder stärker verbreiteten rassistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen, entschlossen entgegentreten. Die beste Vorbeugung gegen das Entstehen solcher Tendenzen ist eine Erziehung zur Demokratie, zur Toleranz und zur friedlichen Konfliktaustragung.

2. Meinungsfreiheit: Wir werden den Spielraum freier Meinungsäußerung in Schulen, Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wiederherstellen. Die Meinungsfreiheit muß auch für Angehörige des öffentlichen Dienstes gewährleistet sein. Das Disziplinarrecht und Dienstrecht darf nicht zu dem Zweck mißbraucht werden, den jeweiligen Regierungskurs als die allein zulässige Meinung hinzustellen.

3. Datenschutz: Wir wollen **keinen „gläsernen Menschen".** Jeder muß kostenlos das Recht haben, über seine persönlichen Daten selbst zu bestimen. Personenbezogene Daten dürfen nur erhoben, verarbeitet und weitergegeben werden, wenn ein Gesetz das ausdrücklich erlaubt. Staatliche und private Datensammlungen dürfen nicht verknüpft werden. Auch bei der Einführung neuer Kommunikationssysteme muß der Schutz privater Daten gewährleistet sein. Wir lehnen einen Anschlußzwang für neue Kommunikationstechniken (Kabelfernsehen) ab. Personalinformationssysteme in den Betrieben sind der Mitbestimmung zu unterwerfen. Die Erhebung, Speicherung, Auswertung und Weitergabe von Arbeitnehmerdaten ist auf die Erfüllung gesetzlicher Pflichten zu beschränken. Jeder muß erfahren können, welche Daten über ihn gespeichert sind. Die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises lehnen wir ab.

4. Keine Spendenamnestie: Wir werden allen versuchen, eine **Amnestie** für Personen einzuführen, gegen die im Zusammenhang mit Parteispenden wegen Steuerhinterziehung ermittelt wird, auch weiterhin mit Entschiedenheit entgegentreten. Es darf in unserer Gesellschaft keine Sonderrechte für die Mächtigen und Kapitalkräftigen geben — die Gesetze müssen für alle gleich gelten. Die Berliner CDU hat dagegen den geplanten Bonner Amnestieskandal unterstützt.

5. Demonstrationsstrafrecht: Das **geltende Demonstrationsrecht** ist von Sozialdemokraten geschaffen worden. Es reicht aus, um die Bevölkerung gegen Gewalttätigkeit im Zusammenhang mit Demonstrationen zu schützen. Wir treten der Absicht des Bundesinnenministers Zimmermann und der Bundesregierung entgegen, das geltende Demonstrationsstrafrecht zu verschärfen. Das Recht, sich friedlich zu versammeln, darf nicht beeinträchtigt werden. Friedliche Demonstranten dürfen nicht wegen einiger weniger Gewalttäter kriminalisiert oder an der Ausübung ihres Rechts gehindert werden. Ein sozialdemokratisch geführter Senat wird dem Versuch der Wende-Regierung, Freiheitsrechte einzuschränken, nicht nachgeben, sondern entschlossen begegnen.

6. Ausländerrecht: Das **geltende Ausländerrecht** muß verbessert werden. dabei ist die Berechenbarkeit von besonderer Bedeutung. Ausländer müssen wissen, was ihnen an Rechten zusteht und welche Pflichten auf sie zukommen, um ihre Lebensplanung danach ausrichten zu können. Ermessensentscheidungen der Verwaltung müssen zugunsten von Rechtsansprüchen zurückgedrängt werden. Gerade die Ausländergesetzgebung muß stärker als bisher vom Grundsatz der Transparenz, Übersichtlichkeit und Sicherheit beherrscht werden. Deshalb schlagen wir ein qualifiziertes Aufenthaltsrecht in Form eines Niederlassungsrechtes vor. Den Kindern der ausländischen Arbeitnehmer soll jede Förderung zugute kommen, die eine Chancengleichheit im Bereich der Bildung und Ausbildung herstellt. Daher darf eine Trennung nach Nationalitäten in Schule und Ausbildung nicht stattfinden. Die abschreckend wirkenden Hemmnisse im Einbürgerungsverfahren, vor allem bei der Gebührenregelung, sind auszuschalten.

Als konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger wird sich die SPD dafür einsetzen, daß

- eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach fünfjährigem Aufenthalt von Amts wegen erteilt wird. Diese unbefristete Aufenthaltserlaubnis wird auf Antrag als Aufenthaltsberechtigung erteilt.

  Nach acht Jahren wird das Niederlassungsrecht gewährt;
- das Recht der ausländischen Familie, zusammenleben zu können, nicht angetastet wird und insbesondere die zwangsweise Trennung von Ehepartnern auf ein Jahr beschränkt wird, sobald einer der Ehepartner seit fünf Jahren in Deutschland lebt;
- sich Bestand und Verfestigung der Aufenthaltserlaubnis von Ehegatten nach zweijähriger Ehe unabhängig voneinander entwickeln. Die eheliche Gemeinschaft muß dabei mindestens zwei Jahre in der Bundesrepublik Deutschland bestanden haben;
- bei verfestigtem Aufenthaltsrecht wirtschaftliche Gründe für Ausweisungen nicht in Anspruch genommen werden dürfen.

7. Homosexuelle Mitbürger: Sozialdemokraten wenden sich gegen jede Form der Diskriminierung Homosexueller. Wir treten für die Streichung des § 175 StGB und für die Wiedergutmachung für homosexuelle KZ-Opfer ein.

Die SPD wird Maßnahmen ergreifen, die der Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen dienen.

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Tradition der Arbeit des von den Nationalsozialisten 1933 vernichteten Berliner Instituts für Sexualwissenschaft fortgesetzt wird.

8. Polizei: Der Polizei darf nicht die Lösung gesellschaftlicher Konflikte zugemutet werden, an denen die Politik gescheitert ist. Sie hat eine wichtige Aufgabe bei der Wahrung rechtsstaatlicher Sicherheit und kann sich dabei auf die Unterstützung der Berliner Sozialdemokraten verlassen. Das gilt auch für das Bemühen um eine Erleichterung ihrer Arbeitsbedingungen. Unerläßlich bleibt eine liberale und rechtsstaatliche Ausbildung der Polizeibeamten.

9. Strafvollzug und Strafverfolgung: Die Berliner SPD kritisiert die gigantischen Neubauprogramme für Strafvollzugsanstalten. Sie tritt dafür ein, Alternativen zum **Strafvollzug** zu entwickeln und massiv zu fördern, um Straftäter wieder zu resozialisieren. Bei der Strafverfolgung müssen Prioritäten nach dem Maß der Sozialschädlichkeit gesetzt werden. Die Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität muß kurzfristig erheblich auch personell verstärkt werden.

10. Verwaltung: Die Bürgerinnen und Bürger erfahren vor allem auch im **Umgang mit der Verwaltung,** wie liberal und wie tolerant ein Gemeinwesen ist. Wir Sozialdemokraten treten für eine wirksame und bürgernahe Verwaltung ein. Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen, um der Verwaltung mehr Spielraum zu geben, sich um die wirklichen Angelegenheiten der Bürger zu kümmern. Auf sozialdemokratische Initiative hin hat die Enquéte-Kommission Verwaltungsreform des Abgeordnetenhauses dazu Vorschläge unterbreitet. Wir werden die Vorschläge, vor allem die Erweiterung der Zuständigkeit der Bezirke, die Stärkung ihrer Eigenverantwortlichkeit und die Vereinfachung von Behördenkontakten und Verwaltungsabläufen für den einzelnen Bürger, unverzüglich in die Tat umsetzen.

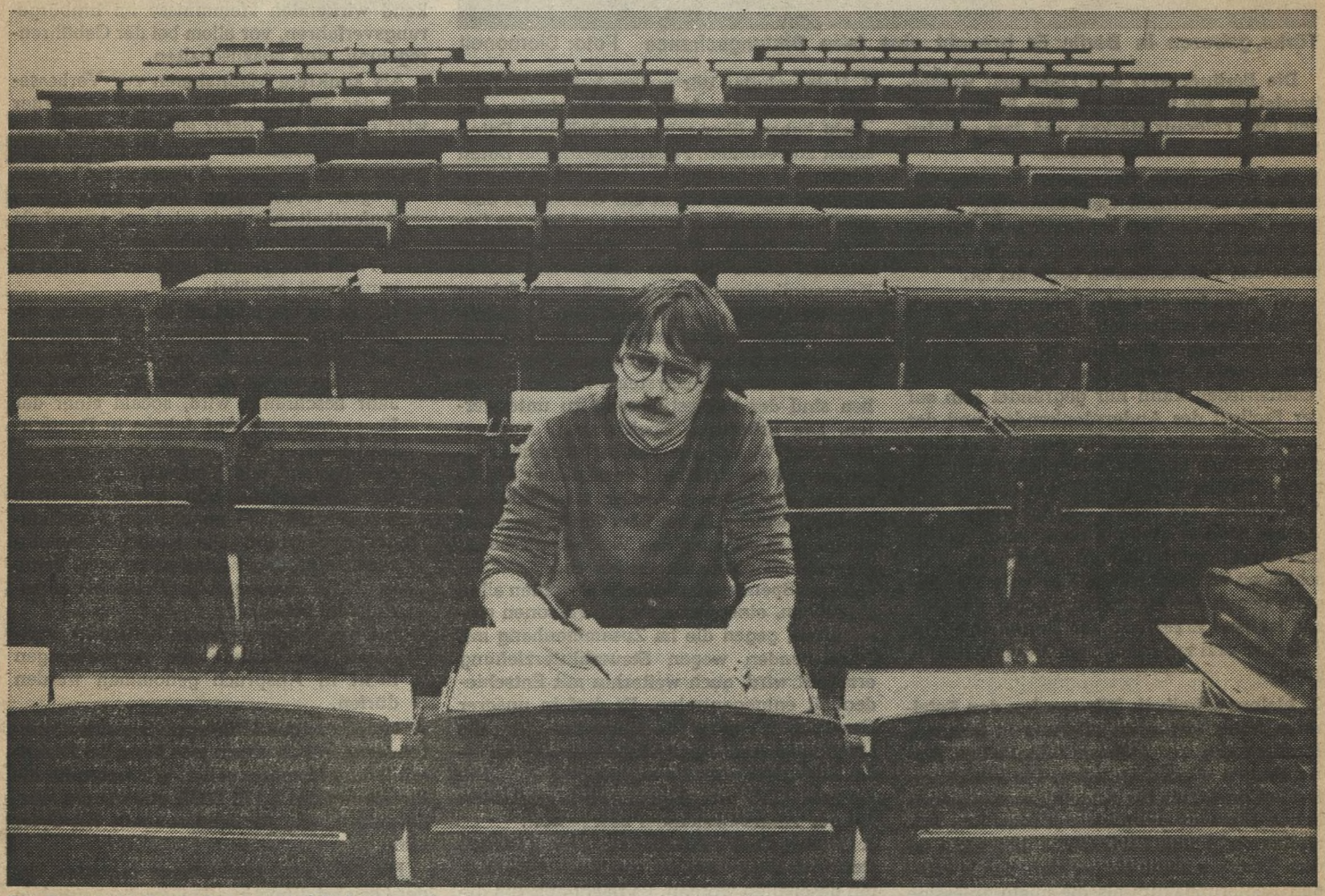
11. Verhältnis zu den Alliierten: Der Status Berlins bleibt unangetastet. Die SPD wird sich bemühen, zusammen mit den Westalliierten eine Überarbeitung des hauptsächlich noch aus der Zeit und dem Geist der Nachkriegsjahre stammende, für die Bürger unmittelbar geltenden Rechts der Alliierten zu erreichen, die in allen Punkten unseren gemeinsamen demokratischen und rechtsstaatlichen Überzeugungen entspricht. Insbesondere muß auch die Möglichkeit gerichtlichen Rechtsschutzes gegen Akte der Alliierten ohne zusätzliche finanzielle Hürden gewährleistet sein.

VI. Entfaltung für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Berlin ist ein Zentrum von Bildung, Wissenschaft und Kultur. Seine Schulen und Ausbildungsstätten, seine Hochschulen und Forschungseinrichtungen und seine kulturellen Institutionen und Initiativen gehören zu den wichtigsten Aktivposten. Sie haben einen großen Anteil an der nationalen und internationalen Bedeutung unserer Stadt. Und sie werden eine zunehmende Rolle bei der Sicherung und Gestaltung ihrer Zukunft spielen. Sozialdemokraten treten ein für:

- die Gleichheit der Bildungschancen aller und für eine Schule, die als menschliche Schule auf ein Leben in sozialer Verantwortung und demokratischem Geist vorbereitet,
- eine Ausbildung und Forschung an unseren Hochschulen, die die Zukunft gestalten und neue Herausforderungen bestehen hilft,
- die Freiheit und Vielfalt einer Kultur, die sich nicht nur in kulturellen Spitzenleistungen ausdrückt, sondern zunehmend auch der aktiven und sinnvollen Gestaltung der arbeitsfreien Zeit eines jeden Raum gibt.

Die Politik des gegenwärtigen Senats aus CDU und FDP hat die Entfaltung von Bildung, Wissenschaft und Kultur in Berlin mehr behindert als gefördert. Sie hat im Schulbereich zu mehr Bürokratie und bevormundenden Einzeleingriffen geführt. Durch den Bonner Bafög-Kahlschlag und die Propagierung der sogenannten Eliteförderung wird die soziale Chancengleichheit gefährdet und zurückgeschraubt. Sie hat durch eine rückwärtsgewandte Novellierung des Berli-



Studieren muß wieder menschlicher werden Foto: Glaser

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85

ner Hochschulgesetzes, durch Stellenstreichungen und konzeptionsloses Sparen die Funktionsfähigkeit der Universitäten und Fachhochschulen beinträchtigt.

In der Kulturpolitik hat sich der Senat als konzeptionslos erwiesen. Er plant ein kostenträchtiges Projekt nach dem anderen, ohne zu wissen, welchen Nutzen es künftig haben soll. Das gilt für den Wiederaufbau der Kongreßhalle ebenso wie für die Entwicklung eines Konzepts für ein deutsches historisches Museum. Die Vorbereitungen für die 750-Jahr-Feier sind mangelhaft. Der Bereich der freien Gruppen und der bezirklichen Kulturarbeit wird im Vergleich zur Förderung der Spitzenkultur stiefmütterlich behandelt. Sozialdemokratische Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik orientiert sich an den Zukunftschancen junger Menschen, an der Bedeutung von Wissenschaft und Bildung für die Gesellschaft der Zukunft und an den kulturellen Bedürfnissen eines jeden.

Kindertagesstätten: Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und müssen als solche — mit Ausnahme des Essengeldzuschusses — für die Familien unentgeltlich sein. Sie ergänzen zum einen die familiäre Erziehung durch frühes soziales Lernen und bieten zum anderen den Eltern die Möglichkeit, ihren Berufspflichten unbelastet nachzukommen. Die Berliner Kindertagesstätten hatten einen guten Ruf. Wir Sozialdemokraten werden diesen guten Ruf wiederherstellen. Wir werden Einschränkungen zurücknehmen, mit denen der regierende Senat pädagogisch hervorragend ausgestattete Kindertagesstätten in die Nähe von Kinderbewahranstalten gebracht hat. Wir werden darüber hinaus das Platzangebot in den Krippen bedarfsgerecht erweitern und dafür Sorge tragen, daß Hortplätze Kindern bis zu 12 Jahren uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Schulen: Wir streben nach mehr innerer Autonomie für alle **Schulen und Bildungseinrichtungen.** Wir wollen weg von der verwalteten Schule. Wir setzen uns weiterhin für die sechsjährige gemeinsame Grundschule ein, weil sie alle Kinder angemessen fördert. Wir werden das Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem (Haupschule, Realschule und Gymnasium) und integrierter Gesamtschule zu einem besseren Miteinander weiterentwickeln. Für uns bleibt die Gesamtschule trotz vielfach berechtigter Kritik die Schule der Zukunft. Sie bietet mehr Chancen für alle Schüler, einen weiterführenden Schulerfolg zu erreichen. Die gymnasialen Oberstufen an Gesamtschulen, Oberstufenzentren und Gymnasien werden von uns mit der gleichen Sorgfalt gefördert werden wie das vielfältige berufsbildende Schulwesen, das bei der Erlangung qualifizierter Berufsabschlüsse eine zunehmende Bedeutung erhalten hat.

Volkshochschulen, Bibliotheken, Weiterbildung: Volkshochschulen, Stadtbibliotheken und bezirkliche Freizeitprojekte sind wichtige **Angebote für die Weiterbildung,** für die kreative Gestaltung der arbeitsfreien Zeit und für den Kontakt zwischen den Menschen. Die Einschränkungen dieser Angebote müssen rückgängig gemacht und ihre Leistungsmöglichkeiten verbessert werden.

Lebenslanges Lernen ist ein Gebot unserer schnellebigen Zeit. Darum werden wir in Berlin ein Weiterbildungsgesetz, gekoppelt mit der Ausdehnung des Bildungsurlaubes auf alle Arbeitnehmer, auf den Weg bringen. Die Weiterbildung muß auf Dauer den gleichen Stellenwert erhalten, wie Schulen und Hochschulen.

Hochschulen: Unsere **Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen** haben eine wachsende Bedeutung für die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze. Sie müssen aber auch dazu beitragen, mit den gesellschaftlichen Veränderungen, die durch die neuen Technologien ausgelöst werden, konstruktiv und in sozialer Gerechtigkeit fertig zu werden. Sie haben schließlich ihren Teil für den Ausbau Berlins zu einem Zentrum des weltweiten Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu leisten. Zu alldem bedarf es einer Wissenschaftsvermittlung, die weiter geht als bloßer Technologietransfer. Die Hochschulen werden in Zukunft verstärkt auch Aufgaben der Weiterbildung (Kontaktstudium) zu übernehmen haben.

Die SPD wird dafür sorgen, daß die Hochschulen im Gegensatz zur Politik seit 1981 wieder bedarfsgerecht an den jährlichen Haushaltszuwächsen beteiligt werden. Die Politik der Stellenstreichungen muß ein Ende haben. Wir werden die durch die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes von 1982 hervorgerufenen Fehlentwicklungen korrigieren. Die SPD lehnt eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, wie sie von der Bundesregierung geplant wird, ab. Sie wird sich verstärkt für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einsetzen. Der Frauenanteil am Lehrpersonal der Hochschulen soll erheblich erhöht werden. Ein SPD-geführter Senat wird unverzüglich eine Professorenstelle für Frauenfragen einrichten und Frauenfragen in der Wissenschaft einen höheren Stellenwert als bisher einräumen. Dem konservativen Konzept der Elitehochschule setzt die SPD ihre Vorstellungen einer sozial geöffneten, demokratischen und gerade deshalb leistungsfähigen Hochschule entgegen.

Die von der CDU im Rahmen der Wende eingeführten Sozialgebühren für Studierende werden wieder abgeschafft.

Kultur: Unter sozialdemokratischer Führung hat Berlin in der Vergangenheit nicht nur seinen traditionell **hohen internationalen kulturellen Rang** bewahrt, sondern sich zugleich zu einer **Werkstatt für neue kulturelle Initiativen entwickelt.** Diese Linie wollen wir mit Entschiedenheit fortführen: Wir wollen sowohl die klassischen Kulturangebote fördern als auch die Entfaltung der Arbeit freier Gruppen wirksamer unterstützen. Wir werden die Mittel für die stadtteilbezogene Kulturarbeit in den Bezirken deutlich erhöhen, um auch auf diese Weise den Zugang zur Kunst möglichst vielen Bürgern zu erleichtern und Kulturbarrieren abzubauen.

Die vielfältigen künstlerischen Strömungen in Berlin leiten sich ab aus der großen kulturellen und geschichtlichen Tradition dieser Stadt. Diese geschichtlichen Wurzeln gilt es bei allen Überlegungen, in Museen oder durch Ausstellungen deutsche Geschichte darzustellen, zu berücksichtigen. Hierbei ist gerade in Berlin ein deutlicher Akzent auf die Darstellung demokratischer und republikanischer Traditionen sowie auf die Entwicklung der industriellen Gesellschaft zu legen.

Die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987 muß in diesem Sinne für die Förderung des Geschichtsbewußtseins Impulse geben, den Blick für die gesamte Stadt offen halten und den Rang, die Lebendigkeit und die Vielfalt des gegenwärtigen künstlerischen Schaffens darstellen. Das Gelände des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais darf nicht zu einer statischen Gedenkstätte gemacht werden, sondern muß vielmehr eine aktive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ermöglichen. Die SPD tritt für die Vollendung des „Kulturforums" am Kemperplatz nach dem städtebaulichen Entwurf Hans Scharouns ein.

Sozialdemokraten wenden sich gegen jeden Versuch, die Freiheit der Kunst einzuschränken. Weltoffenheit und Toleranz, Kritik und Mut zum Experiment haben die kulturelle Atmosphäre dieser Stadt von jeher geprägt. Wir verbürgen uns dafür, daß dieser Anspruch auch in Zukunft erfüllt wird.

Medien: CDU und FDP haben im Abgeordnetenhaus ein verfassungswidriges Kabel-Versuchsgesetz beschlossen, das Rundfunk und Fernsehen auch in Berlin dem Zugriff des großen Geldes ausliefert.

Wir Sozialdemokraten werden das Gesetz ändern: Meinungsvielfalt in Rundfunk und Fernsehen muß auch bei privaten Veranstaltern gewährleistet werden. Marktbeherrschende Presseunternehmen müssen von Rundfunk und Fernsehen ausgeschlossen werden.

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, daß Bestand und Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geschützt werden.

Sport: Über 356 000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene finden in mehr als 1000 Vereinen und Sportgemeinschaften ein Tätigkeitsfeld für Wettkampf und sportliche Leistung und einen weiten Kreis für Kontakte, Freundschaften und persönliche Bestätigung.

Die staatlichen Instanzen helfen und fördern, aber sie wären keinesfalls in der Lage, die Arbeit von zigtausend ehrenamtlichen Helfern zu leisten.

Die Sozialdemokraten sehen mit Respekt die Arbeit der Sportorganisationen und messen der Partnerschaft mit dem Sport große Bedeutung bei. Die Eigenverantwortung und die Selbständigkeit des Sports wird von uns akzeptiert und gesichert, weil dies Grundlage für eine gesunde und sich weiterentwikkelnde Arbeit in den Vereinen und Verbänden ist.

Die Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand dürfen nicht in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit eingreifen.

Es waren Sozialdemokraten, die in einer Partnerschaft mit dem Landessportbund, seinen Verbänden und Vereinen, die bewährte Berliner Sportförderung entwickelt haben. Diese darf nicht verkümmern, sondern muß offensiv entfaltet werden. Mit Sorge sehen die Sozialdemokraten die mangelnde Berücksichtigung des Sports in der Finanzplänung des CDU-Senats.

Das SPD-Wahlprogramm für den 10. März '85



Hans Apel und seine Mannschaft

Sport dient der Gesundheit der Bürger und der Lebensqualität in unserer Stadt. Sport ist ohne Spiel und Spaß, ohne Begeisterung und Lachen nicht denkbar. Wo egoistische Interessen dies verhindern wollen, werden Sozialdemokraten an der Seite des Sports stehen.

VII. Für die Zukunft Berlins

Berlin hat nach dem Krieg schwierige, aber auch große Jahre erlebt. Die SPD war in dieser Zeit in der Verantwortung; sie hat alle Gefahren abgewendet und zusammen mit unseren Schutzmächten die Existenzgrundlagen der Stadt geschaffen. So konnten die Berliner unsere Stadt wieder aufbauen und zu dem machen, was sie heute ist: eine weltoffene, europäische Großstadt, in der es Spaß macht, zu leben.

Die SPD hat auch als Opposition nicht aufgehört, für Berlin zu arbeiten. In unzähligen Bürgergesprächen und offenen Diskussionsveranstaltungen haben die Berliner Sozialdemokraten ihre politischen Vorstellungen für Berlin gemeinsam mit den Bewohnern dieser Stadt, mit Fachleuten und Betroffenen, mit Verbänden und Initiativen entwickelt. Wir sind eine offene Partei, offen für neue Fragen, offen für neue Antworten, offen für alle Bürger.

Wir wissen: Es genügt nicht, nur Wahlen zu gewinnen. Es kommt darauf an, das Vertrauen der Bürger, die uns wählen, nicht zu enttäuschen. Das heißt für uns: alles zu tun für die Erhaltung des Friedens, Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Gerechtigkeit zu wahren, Bürgerrechte und Liberalität auszuweiten und die Umwelt zu schützen. In den vergangenen vier Jahren haben wir für diese Ziele mit unserer ganzen Kraft als konstruktive Opposition gegen die Wende-Regierung gearbeitet. Sie bleiben die Grundlage unserer Politik.

Die **CDU** versucht in Berlin ihre Mittäterschaft beim Abbau sozialer Gerechtigkeit zu leugnen und hält schöne Reden über das angebliche Ende des Sozialabbaus. Der CDU-geführte Senat hat aber in Bonn im Bundesrat Punkt für Punkt bei jeder Ungerechtigkeit mitgemacht, wenn sie nur die Großen schont und den Unternehmern nutzt. Ein Wort von den Managern der Bonner Wende, und das soziale und liberale „Gewissen" von Diepgen, Pieroth und Fink kuscht. Heinrich Lummer hat sich als getreues Abbild von Innenminister Zimmermann erwiesen und den liberalen Ruf Berlins ruiniert. Die CDU hat in den letzten Jahren bewiesen, daß sie ihrer Vergangenheit treu geblieben ist. Unternehmerpartei und soziale Gerechtigkeit, das paßt eben nicht zusammen.

Deshalb sieht die SPD in der CDU ihren Hauptgegner.

Die heutige **FDP** hat mit dem politischen Liberalismus, den sie sich anzuheften versucht, in Wahrheit nichts mehr zu tun. In Berlin stellt sie sich als ein gekauftes Unternehmen dar, in dem Bauspekulanten, welche die Wende dieser ehemals liberalen Partei bisher im Hintergrund betrieben haben, jetzt selber kandidieren. Die FDP hat sich damit selbst überflüssig gemacht.

Als neue politische Kraft haben die **Alternative Liste und die Grünen** viele politische Denkanstöße gegeben und gesellschaftliche Veränderungen bewirkt. Vieles davon wurde aufgenommen. Gleichwohl hat die AL bislang nicht bewiesen, daß sie Verantwortung tragen kann und will. Sie stützt sich auf die Lebensformen und Interessen einzelner Gruppen in der Gesellschaft, hat aber keine Verankerung in der breiten Arbeitnehmerschaft und ihren Gewerkschaften. Die innere Struktur der AL stellt eine verantwortliche Willensbildung zu oft in Frage. Zudem gibt die AL auf Kernpunkte der Berliner Politik, wie die Präsenz der Alliierten, die Bindung an den Bund, die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis, das Gewaltmonopol des Staates und die parlamentarische Demokratie keine klaren Antworten.

Die Berliner Sozialdemokraten kämpfen deshalb um jede Stimme für ihre Ziele. Mehr als 120 Jahre für die Freiheit, für die Gerechtigkeit und für eine solidarische Gesellschaft, bleibende Leistungen für unsere Stadt: das gibt uns das Selbstbewußtsein, die Verantwortung 1985 übernehmen zu können.

Unser Spitzenkandidat erfüllt alle Bedingungen, die wir an einen Regierenden Bürgermeister stellen: Hans Apel hat langjährige politische Erfahrung. Er kann Berlin auf nationaler und auf internationaler Ebene wirksam vertreten. Er steht ein für die Grundlagen unserer Politik:
die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die beste Perspektive für Berlin!
Entscheiden Sie mit über die Zukunft unserer Stadt!
Unterstützen Sie die Berliner Sozialdemokraten!
Hans Apel muß Regierender Bürgermeister werden!

Machen Sie in Zukunft selbst Politik.

○ Ja, ich möchte in der SPD mitarbeiten und Mitglied werden. Bitte schicken Sie mir die nötigen Unterlagen.

○ Ich möchte gern erst mal einen persönlichen Kontakt aufnehmen. Meine Tel.-Nr.:

○ Ich möchte gerne mehr wissen über die Ziele der SPD. Bitte schicken Sie mir Informationen, insbesondere zu folgendem Thema:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Bitte schicken Sie den Coupon an
SPD Landesverband Berlin, Müllerstraße 163, 1000 Berlin 65

Das Wahlprogramm habe ich mit Interesse gelesen. Bitte senden Sie mir Ihr Fachwahlprogramm zu zum Thema

○ ***Bildungspolitik (Schule und Weiterbildung)***
○ ***Wissenschaftspolitik***
○ ***Verwaltungsreform***
○ ***Sozialpolitik***
○ ***Berlin- und Deutschlandpolitik***
○ ***Frauenpolitik***
○ ***Kulturpolitik***
○ ***Innere Sicherheit***
○ .....